

Arbeiter-Zeitung

Diensdag, 6. Dezember 1933
14. Jahrgang Nr. 286

erschient täglich mit Ausnahme der Sonn- u. Festtage. Bezugspreis: Abentl. 42 Pf. + 8 Pf. Botenlohn = 50 Pf., monatl. 1,86 Pf. + 84 Pf. Botenlohn = 2,20 Pf. Einzelnummer 10 Pf. Durch die Post bezogen monatlich 2,15 Pf., unter Streifenband 3 Pf. Anzeigenpreis: Die gebogenen Millimeterzeile oder deren Raum 12 Pf., Werbes- u. Werbefestungsanzeigen 6 Pf. Mellempreis: Die dreifache Millimeterzeile oder deren Raum im Text 70 Pf. — Annahmestelle in der Hauptexpedition um 8 Uhr; in den Filialen am Tage vorher bis 18 Uhr.

für Schlesien

Organ der KPD., Sektion der 3. Internationale
Mit der illustrierten Beilage „Der Rote Stern“
Begründet von Bernhard Schottländer (März 1920 ermordet)

Hauptexpedition: Breslau 10, Trebnitzer Straße 50, Fernsprecher 43002. Postfachkonto: Breslau Nr. 544. — Redaktion: Breslau 10, Trebnitzer Straße 50 (Hinterhaus), Fernsprecher 43902. Sprechzeit der Redaktion: Montag bis Freitag von 17—18 Uhr. — Geschäftsstand: Breslau. — Vertikag: Schlesiens Verlagsgesellschaft m. b. H., Breslau 10, Trebnitzer Straße 50, Fernsprecher 43902.

Heute Reichstagsöffnung

Wie Kommunisten greifen an!

Sozialdemokratie, Zentrum und Nationalsozialisten für Schleicher-Diktatur — Leypart will die Millionen gewerkschaftlich organisierter Arbeiter abermals verraten — SPD.- und UGB.-Kollegen! Schließt euch ohne Zögern der roten Einheitsfront an zum Kampf um Lohn und Brot!

Thälmanns Kampfruf gegen Schleicher-Diktatur

Berlin, 6. Dezember. (Eig. Drahtbericht.) Heute, nachmittags um 3 Uhr, tritt der neu gewählte Reichstag zum erstenmal zusammen. Die kommunistische Fraktion hat ein Mißtrauensvotum gegen die Regierung Schleicher-Bracht eingebracht und fordert weiter, die sofortige Aufhebung der Notverordnung zur Bildung von Sondergerichten und der Sondergerichtsurteile, sowie der Notverordnung gegen politische Ausschreitungen und Aufhebung des Verbotes des Roten Frontkämpfer-Bundes und des Verbandes proletarischer Freidenker. Weiter erheben die Kommunisten in einem ihrer ersten Anträge die Forderung auf sofortige Außerverfolgung und Nichtvollstreckung der verhängten Urteile, anlässlich des BWG-Streiks.

Einige von den Anträgen richten sich gegen die unerhörten Maßnahmen, durch die den Erwerbslosen ihre Unterstellungen zugunsten abgebaut wurden. Sie fordern neben Unterstützung aller Erwerbslosen während der ganzen Arbeitslosigkeit ernsthafteste Winterhilfsmaßnahmen. Die Kommunisten fordern ferner die sofortige Aufhebung der Lohnabbau-Notverordnung, sowie die sofortige Einstellung sämtlicher Zahlungen an die ehemaligen Fürsten und Standesherrn, sowie die Aufhebung der Subventionen an die Großgrundbesitzer und Banken. Weiterer kommunistischer Vorschlag verlangt die sofortige Aufhebung des Verfallens des Reichsrechts, Nichtdurchführung des Kaufmanns Tributpakt und die Einstellung aller Zahlungen aus dem Young- und Dawesplan.

Wie die bürgerliche Presse meldet, besteht bei allen Parteien von der SPD. bis zu den Nazis die Absicht, heute lediglich die Konstituierung des Reichstages vorzuschlagen und dann den Reichstag bis zum 15. Januar 1933 zu vertagen.

Heute findet eine Fraktionsführerbekämpfung statt, in der das Zentrum mitteilt, daß es von sich aus Vertagung des Reichstages ohne vorangehende Regierungserklärung bis zum 15. Januar 1933 beantragt.

Die kommunistische Fraktion wird sich diesen Absichten in schärfster Weise widersetzen und die sofortige Abstimmung des kommunistischen Mißtrauensantrages verlangen.

Mit Hilfe der Sozialdemokratie, des Zentrums und der Nationalsozialisten soll der Reichstag vorläufig bis zum 15. Januar nächsten Jahres vertagt werden. Dadurch soll vor allem die Vertagung des kommunistischen Mißtrauensantrages und die Anträge für die Kommunisten verhindert werden. Die „Schlesische Zeitung“ von heute merkt schon an, daß die Nationalsozialisten eine Vertagung des Reichstages verlangen. Das Blatt schreibt: „In anderem glaubt man, daß die Nationalsozialisten nach ihrem Verlust bei den Thüringer Wahlen keine Neigung zu sofortigen Neuwahlen haben werden.“ Die SPD. und Co. scheuen eine nochmalige Abrechnung des wertvollen Lebens. Die von Hitler betrogenen proletarischen Wähler wenden sich in Scharen von dieser Notverordnung ab.

Die „Schlesische Zeitung“ von heute morgen nimmt auch Stellung zur Haltung der Sozialdemokratie und schreibt, daß man in poli-

tischen Kreisen mit Bestimmtheit damit rechnet, daß die Sozialdemokratie ebenfalls die Vertagung ermöglichen werde. Der sozialdemokratische Parteivorstand veröffentlicht einen mit linken Phrasen gespickten Aufruf an seine Parteimitglieder, in dem der Regierung Schleicher scharfe Opposition angesetzt wird. Das diese Kampfanfrage ein ganz erbärmlicher Betrug ist, wird durch das Interview von Leypart gegenüber einem Berliner Vertreter des Pariser „Eclair“ widerlegt. Die „Schlesische Zeitung“ bringt in ihrer Abendausgabe vom 5. Dezember folgende Meldung:

„Der Berliner Vertreter des Pariser „Eclair“ hatte mit dem Führer der freien Gewerkschaften, Theodor Leypart, eine Unterhaltung über das Kabinett Schleicher. Leypart erklärte, daß man in Gewerkschaftskreisen dem neuen Kanzler seine Vergangenheit nicht zum Vorwurf mache. Die soziale Frage stehe im Vordergrund seiner Besorgnisse und das Ziel seines Bestrebens sei, eine Entspannung in Gewerkschaftskreisen herbeizuführen, damit das neue Kabinett in seiner politischen Tätigkeit nicht durch den Widerstand der Arbeiter gehemmt werde. General von Schleicher sei übrigens nicht der Mann, als den man ihn sich vorstellen könne. Gewiß habe er Neben gehalten, die die öffentliche Meinung in Frankreich erregt hätten, aber er habe durch die Forderung nach Gleichberechtigung nur die Aufspaltung aller Deutschen zum Ausdruck gebracht.“

Die Million sozialdemokratischer und freigewerkschaftlicher Arbeiter sind nicht bereit, die Politik der Schleicher-Regierung zu unterstützen; sie dürfen aber auf die radikalen Phrasen vom Kampf gegen Schleicher nicht mehr hereinfallen. Wir rufen sie auf in ihrem und im Interesse ihrer Familien, mit uns Kommunisten ohne Zögern die rote Einheitsfront zum Kampf gegen die Generalsdiktatur Schleicher, für Arbeit, Brot und Freiheit zu schließen.

Der Führer der KPD., Genosse Ernst Thälmann, schleuderte auf dem am Sonntag stattgefundenen Bezirksparteitag der KPD. Wasserkanne der neuen Diktatur-Regierung den flammenden Kampfruf der Kommunisten entgegen. Der Genosse Thälmann schloß seinen Kampf- ruf mit folgenden Worten:

Wir Kommunisten, an der Spitze der Kampftruppen gegen Hunger und Frost, an der Spitze im Kampf gegen den Lohnraub, gegen Versailles Anechtung und imperialistische Kriegspolitik, wir Kommunisten sind ein Faktor von gewaltiger Kraft und Macht. Wir müssen unsere 6-Millionen-Armee, die sich bei der letzten Wahl für den revolutionären Ausweg aus der Krise entschied, aktionsfähig und aktionsbereit machen. Darüber hinaus rufen wir das gesamte deutsche Proletariat und alle Werktätigen zum Massenangriff auf. Wir erlauben der Bourgeoisie und ihren faschistischen und sozialfaschistischen Helfershelfern nicht, das 21 Millionen starke deutsche Industrieproletariat und die werktätigen Schichten in die Awanasjache der offenen faschistischen Diktatur zu zwingen. Ueber Leiftämpfe und Massenkämpfe vorwärts im Kampf um Lohn und Brot! Vorwärts für die Freiheit, für die Arbeiter- und Bauernrepublik, für den Sozialismus! (Waboi! Stürmischer, langanhaltender Beifall!)

„Waffenstillstand“? Verschärfter Kampf!

Die neue Diktaturregierung ist gebildet, die neue Schlacht der Bourgeoisie gegen die Arbeitermassen beginnt.

Der Kanzler von Schleicher hat eine erste Schlachtparole ausgegeben und „basistisch“, wie Reichswehrgeneräle nun einmal sind, lautet die Schleicher-Parole: „Waffenstillstand“. Die bürgerlichen Blätter wandeln sie in allen möglichen Worten ab und schreiben von einer „Regierung der sozialen Verständigung“, der „nationalen Konzentration“, der „sozialen Konzentration“, des „sozialen Friedens“.

Waffenstillstand?

Bedeutet das etwa, daß die Nordwest-Industriellen die eben eingeleitete neue Lohnabbauaktion einstellen und die Löhne erhöhen? Wird die BWG-Direktion den Straßenbahnern die gekürzten 2 Pfennige zurückzahlen und die Tausende Entlassener wieder einstellen? Werden die Breslauer Metallindustriellen den mit dem SWP-Führer Ziecker vereinbarten Lohnraub rückgängig machen? Wird der Breslauer Magistrat am 1. Januar auf Lohnabbau verzichten? Wird der letzte Abbau der Arbeitslosenunterstützung rückgängig gemacht und werden die Unterhaltungsätze erhöht? Wird der kleine Belagerungs- zustand aufgehoben? Werden Arbeiterversammlungen nicht mehr aufgelöst und die proletarische Presse nicht mehr verboten? Werden sämtliche proletarischen Gefangenen freigelassen und keine Gefängnis- und Zuchthausurteile gegen Arbeiter mehr gefällt? Dört die imperialistische Außenpolitik auf?

Keine Spur.

Zur Gegenteile. Der bisherige Papen-Kurs wird fortgesetzt und zwar verschärft fortgesetzt. Nur werden jetzt die Maßnahmen mit „schlauren“ Methoden durchgeführt und mit besser klangenden Worten maskiert:

Die Krupp und Klockner, die der Schwerindustrie-Prese zufolge die Bildung der Schleicher-Regierung besonders befristet haben, betreiben ihre Lohnabbauaktion, wobei sie sich „nur“ zum Teil auf die Preussische Notverordnung stützen und die Methode der Schieb- brüche, freien Vereinbarungen usw. mehr bevorzugen werden. „An- statt“ einer neuen Sozialabbau-Verordnung ala Papen, will ala Schleicher, der Minister Geyer, unter der Bezeichnung „Arbeits- beschaffung“ die „Vereinheitlichung der Erwerbslosenfürsorge“, d. h. neuen Sozialabbau (und dazu den faschistischen Arbeitsdienst und andere ebenso „soziale Dinge“) fördern. Die ersten faschistischen „Waffenstillstands“-Maßnahmen unter der Schleicher-Regierung sind die Hausdurchsuchung im Karl-Liebknecht-Haus und in der „Roten Fahne“-Druckerei, die Auflösung des bayerischen Bezirksparteitages der KPD., „begründet“ mit den Beschlüssen des 12. Plenums der Exekutive der kommunistischen Internationale und durchgeführt von mit Karabinern bewaffneter Polizei und die Verschleppung des Schulungsmaterials über das 12. Plenum. Die faschistische Verfassungsänderung und Reichsreform wird bis über den Winter weg vorsichtiger betrieben werden. „Es ist kein Geheimnis mehr“, schreibt die „Schlesische Zei- tung“ (vom 3. Dezember), „daß der Reichswehrminister die Reden (!) der Herren von Papen und von Geyl über Reformpläne nicht für sehr nützlich hielt, nicht deshalb, weil er etwa durchaus und grund- sätzlich anderer Meinung wäre, aber weil er doch der Ansicht ist, daß man über notwendige Reformen nicht soviel reden, sondern sie in die Tat umsetzen soll... damit der Weg frei werde zu ruhiger Arbeit an anderen dringlicheren Aufgaben des Winters. Daß der neue Reichs- kanzler an den in Preußen bestehenden Verhältnissen grundsätzlich nicht rütteln wird, ist bestimmt anzunehmen... Dagegen... Ver- besserung des Verkehrsnetzes zwischen den verschiedenen preussischen Regierungen“. Somit bleibt der Staatsaktions-Kurs vom 20. Juli nur unter „Verbesserung des Verkehrsnetzes“!

Schleicher soll weiter, wie es heißt, eine „Amnestie“ erwägen, hauptsächlich, um der Hitler-Partei eine Tolerierung und Zustimmung zur Reichstagsvertagung zu erleichtern — aber einen Tag, nachdem Schleicher zum Kanzler ernannt wurde, hat das Berliner Land- gericht III einen sozialdemokratischen Arbeiterportler wegen eines Zusammenstoßes mit Nazis zu einem Jahr Zuchthaus verurteilt. Und zur Außenpolitik berichtet der bürgerliche Berliner „Montag- Morgen“: „Schleicher will Westorientierung... nicht die Unter- stützung Rußlands gegen Frankreich, sondern allein der Weg der Ver- handlung mit Frankreich... Die außenpolitische Linie des Kabi- netts von Schleicher wird sowohl im Prinzipien wie im Tatsachen eine Fortführung der Politik des Kabinetts von Papen sein. Die Papen-Politik bräute sich bestmöglich im Januarer Kakt, der das

Breslauer Bauarbeiter im Streik

Breslau, 6. Dezember. Gestern legten die Bauarbeiter bei der Bau- zahl der Breslauer Baufirmen die Arbeit nieder, weil die Bau- unternehmer sich weigern, die im Schiedspruch vom 1. November dieses Jahres festgelegten Löhne, die in der Spitze 92 Pf. betragen, zu bezahlen. Alle Firmen, die sich weigern, diese Löhne zu bezahlen, werden bestreift. Wie man uns mitteilt, befinden sich auf den be- streikten Baustellen nicht alle Kollegen im Kampf. Die Kollegen, die durch die Weiterarbeit die Streikfront schwächen, machen sich zu Streikbrechern und dienen damit nur dem Unternehmer. Wir fordern die Kollegen auf, sich ihrer solidarisches Pflicht bewußt zu werden, und sich reiflos in die Streikfront einzureihen. Je geschlossener die Front, desto früher der Sieg! Der erfolgreiche Streik der Bauarbeiter auf der Baustelle Garlieb ist ein glänzendes Beispiel dafür, daß man nur durch Geschlossenheit den Unternehmer auf die Knie zwingen kann.

meinderatswahlen in Thüringen von privater Seite die vorgenommene Gesamtzählung in den zehn kreisfreien Städten und in den sechzehn Landkreisen. Danach wurden insgesamt an Stimmen abgegeben:

	6. November 1932	31. Juli 1932
Kommunisten	150 168	178 407
SPD.	188 267	209 784
Nazi	262 662	341 230
		159 233
		231 231
		423 948

Neues Zeitungsverbot

München, 6. Dezember. (Eig. Drahtbericht.) Heute früh er- schienen Polizeibeamte in der Redaktion der kommunistischen „Neuen Zeitung“ und teilten mit, daß die Zeitung bis einschließl. 12. De- zember verboten wurde.

Schwere Niederlage der Nazis

Berlin, 6. Dezember. (Eig. Drahtbericht.) Die „Vossische Zei- tung“ veröffentlicht auf Grund der vorliegenden Ergebnisse der Ge-

Die deutschen D'Arragonas

Was bedeutet der Brief Leiparts an Schleicher?

Als in Italien der sozialdemokratische Vorsteher des italienischen Gewerkschaftsbundes D'Aragona mit seinen Kumpanen offen zu Mussolini überging, um diesem zu helfen, den entsetzlichen Lohn- und Unterhaltungsabbau durchzuführen, erklärten diese bisher sozialdemokratischen und nun offen faschistischen Gewerkschaftsführer, daß sie „im Interesse der Arbeiter“ handeln.

Der Brief Leiparts an Schleicher, in dem die ADGB-Führer die Unterstützung eines Schleicher-Kabinetts anbieten, wird in der SPD-Presse unter der Überschrift „Ueberwindung der Arbeitslosigkeit“ veröffentlicht.

In Wirklichkeit sind die Forderungen, die Leipart in seinem Brief aufstellt, um vor den Arbeitern eine Begründung für die Unterstützung einer Regierung der faschistischen Reaktion zu konstruieren, nicht ausreichend, die Arbeitslosigkeit zu überwinden, den Arbeitslosen Arbeitsmöglichkeiten und Brot zu verschaffen, das Massenelend zu lindern. Die Forderungen enthalten neben leeren Versprechungen nur die Forderung auf neuen Lohnabbau, auf neue Lasten für die Werttätigen. In einer Zeit, wo nach dem durchgeführten unerträglichen Lohnabbau die Not der Arbeiter grauhaft geworden ist, fordert Leipart im Namen der ADGB-Führer die gesetzliche Durchführung der 10-Stundenwoche ohne Lohnausgleich, was einen neuen Lohnabbau von 16 bis 17 Prozent bedeutet.

Diese alte Forderung des sozialdemokratischen Parteivorstandes hat selbst bei den sozialdemokratischen Arbeitern immer schärferen Widerstand gefunden, denn ein solcher Lohnabbau ist unerträglich. Haben doch in der Druckerei des sozialdemokratisch geleiteten Betriebes der „Produktion“ die Drucker getreilt, weil ihnen die 40-Stundenwoche ohne Lohnausgleich diktiert wurde. Alle Erfahrungen der Arbeitszeitverkürzung ohne Lohnausgleich haben gezeigt, daß durch den Lohnabbau das Massenelend vermehrt wurde, aber die Arbeitslosen keine Arbeitsmöglichkeit erhalten haben; die Millionen-

armee der Arbeitslosen hat sich unauffällig vergrößert. Wenn Arbeitszeit ohne Lohnausgleich verkürzt wird, so holen die Arbeitnehmer durch verschärfte Antreiberei so viel in Arbeitsleistung aus, daß sie keinen Arbeitslosen einstellen.

Deshalb fordern wir den Sechsfundentag mit vollem Lohnausgleich und die Beschäftigung der Arbeitslosen zu vollem Tariflohn, unentgeltliche Abgabe von Brot, Kartoffeln und Stoffen. Leipart mag es aber, einen neuen Lohnabbau von 16 bis 17 Prozent als „Ueberwindung der Arbeitslosigkeit“ darzustellen zu lassen.

Ebenso betrügerisch sind die übrigen Forderungen Leiparts. Er fordert nicht Aufhebung aller fürchtbaren Brünning-Notverordnungen, er fordert nicht einmal die Aufhebung der entsetzlichen Papen-Notverordnung, die den drakonischen Abbau der sozialen Unterhaltungen und der ungeschätzlichen Papen-Notverordnung vom 4. September, die ja die unbeschränkte Vollmacht zum Abbau der Tariflöhne und der sozialen Unterhaltungen enthielt. Leipart fordert nur die Aufhebung der speziellen Lohnabbau-Notverordnung vom 5. September, nachdem er den anderen Weg des Lohnabbaus, den der Arbeitszeitverkürzung ohne Lohnausgleich, gezeigt hat. Zu all den anderen fürchtlichen Brünning- und Papen-Notverordnungen schweigt Leipart nur:

„Die durch die früheren Verordnungen herbeigeführten Verschlechterungen der Sozialleistungen, müssen im Rahmen der Möglichkeit rückgängig gemacht werden.“

„Im Rahmen der Möglichkeit!“ Arbeiter, wißt ihr, was das für eine reaktionäre Regierung heißt? All die ungeheuerlichen Abbaumassnahmen werden aufrecht erhalten und die ADGB-Führer lassen durch die Formulierung ihres Forderungserkenntnis, daß sie gegen die kommunistischen Anträge auf Aufhebung aller der Brünning- und Papen-Notverordnungen stimmen und aufzutreten werden.

Leipart stellt dann noch eine Forderung, die besonders dazu beiträgt, den Arbeitern Sand in die Augen zu werfen. Leipart schlägt vor, das System der Steuergutscheine dahin anzugestalten, daß entsprechende Steuergutscheine als Grundlage für die Finanzierung öffentlicher Arbeiten verwendet werden können.

Hier ist also wieder der famose Plan der „Kreditschöpfung“ aus dem Nichts, der selbst von kapitalistischen Finanzleuten als inflationistisch bezeichnet worden ist. Leipart fordert auf diesem Wege die „Freimachung“ von 1 1/2 Milliarden Mark, er behauptet, dies könne ohne die geringste Inflationsgefahr geschehen. In Wirklichkeit würde eine solche „Kreditschöpfung“ die Inflationsgefahr ungemein verschärfen und die Arbeiter wissen, daß Inflation den schnellsten und schärfsten Lohn- und Unterhaltungsabbau bedeutet. Geradezu grotesk ist, wie Leipart seinen Vorschlag begründet. Er schreibt mörtlich:

„Die bisherige Auswirkung des Systems der Steuergutscheine läßt zwei Tatsachen unkreuzig erkennen: Es hat sich infolgedessen bewährt, als es bewiesen hat, daß eine öffentliche Kreditschöpfung in gewissen Grenzen möglich und mit keiner Inflationsgefahr verbunden ist.“

Nun, die bisherigen Mißgeschicklichkeiten an die Unternehmer, das System der Steuergutscheine, haben das Defizit im Reichschatz ungeheuer vergrößert und eine riesige Vorbelastung geschaffen. Schon werden, um dieses Loch zu stopfen, neuer Abbau der sozialen Unterhaltungen, neuer Gehaltsabbau für die unteren und mittleren Beamten, neuer Lohnabbau für Reichs- und Gemeindefunktionäre und andere Maßnahmen geplant. Wenn Leiparts Vorschlag der „Kreditschöpfung“ durchgeführt würde, hätte das dieselben Auswirkungen in verschärfter Form. Auf keinen Fall würden die Arbeitslosen Arbeitsmöglichkeiten und Brot bekommen. Die ganzen sogenannten „Arbeitsbeschäftigungsforderungen“ der ADGB-Führer sind nichts als die Neuauflage alter, nie gehaltenen Versprechungen, sie soll nur den Arbeitslosen und Betriebsräten falsche Hoffnungen machen, sie vom wirklichen Kampf um ihre Forderungen abhalten und die Arbeiter zur Unterstützung eines reaktionären Regimes mißbrauchen.

Es darf den SPD- und ADGB-Führern nicht gelingen, ihren Zweck zu erreichen. Jeder Arbeiter, insbesondere jeder gewerkschaftlich organisierte Arbeiter, muß darüber aufgeklärt werden, was der Besuch der ADGB-Führer bei Schleicher und was ihr Brief an Schleicher bedeutet.

Eifriger, offener noch als wie die SPD- und ADGB-Führer das Papen-Kabinett unterstützten, indem sie die Arbeiter vom Kampf abhalten versuchten und wie im Berliner Verkehrstreik den Streikbruch organisierten, werden die SPD- und ADGB-Führer die Politik des neuen Präsidialkabinetts unterstützen. Das Unternehmertum holt zu neuen Schlägen aus. Im Ruhrbergbau sind erst in den letzten Tagen in zehn Zechen Lohnabbau-Diktate erschienen. Die Reichsweil-Kapitalisten sind immer die Vorreiter der übrigen Unternehmer. Auf allen Gebieten sollen die kümmerlichen sozialen Leistungen noch mehr abgebaut werden. Die letzten politischen Rechte, die die Arbeiter schon Jahrzehnte vor dem Weltkrieg errungen haben, sollen vernichtet werden. Ein Streikverbot wird vorbereitet.

Die SPD- und ADGB-Führer wollen im Verein mit den christlichen Gewerkschaftsführern mithelfen, alle diese Pläne der Bourgeoisie durchzuführen. Das muß jeder Arbeiter erkennen. Niemals können Leute, die in enger Verbindung zur Regierung der Bourgeoisie stehen, für die Interessen der Arbeiter eintreten. Keinen Funken Vertrauen zu diesen SPD- und ADGB-Führern, zu den christlichen Gewerkschaftsführern!

Aber um so mehr Vertrauen zur eigenen Kraft, zur Kraft der Einheitsfront! Papen ist von dieser Kraft zum Abtritt gezwungen worden. Wenn sich die Arbeiter, alle Werttätigen unter Führung der SPD und KPD, zur Einheitsfront des Kampfes vereinigen, so können sie im Kampf um ihre Forderungen vorwärts marschieren. Wie können die Arbeiter ihre Interessen anders verteidigen, wie können sie weiteren Lohn- und Unterhaltungsabbau abwehren, als wenn sie die schärfste Kampfstellung gegen die Bourgeoisie und gegen deren Regierung einnehmen? Darum schließt in jedem Betrieb, in jedem Ort jeder die Einheitsfront des Kampfes!

Verfallener System aufrecht erhält, aus, und in einer wachsenden Restorientierung mit der Spitze gegen die Sowjet-Union.

Das ist wirtschaftlich innen- und außenpolitisch „Waffenstillstand“ der Schleicher-Diktatur.

Die Vernebelung ist eine der neuesten Methoden der Kriegstechnik. Hinter den Rebellschwaben, mit denen die bürgerliche Presse ausschließlich das „Vorwärts“ die Schleicher-Regierung larnet, befinden sich keine friedlichen Wiesen, keine idyllischen Gärten, sondern dort steht das Finanzkapital mit seinen Lohn- und Sozialabbau-Plänen, sieht die Reichswehr, die der Reichskanzler als Reichswehrminister für Breiten dirigiert.

Die Vernebelung wird durchgeführt, vor allem mit Hilfe der Sozialdemokratie, der reformistischen und christlichen Verbändebürokratie und der Hitlerpartei.

Der ADGB mit seinem Schreiben an Schleicher und die Fortsetzung seiner Streikfahndung und Streikbruchpolitik, die SPD mit ihrem „kleineren Übel“-Betrug, mit ihrer Begründung der Schleicher-Diktatur als „Anfangserfolg“ und ihrer Kapitulationspolitik, die Hitlerpartei mit dem Einsatz des SA-Trupps gegen Arbeiter stehen als die Unteroffiziere des Generals Schleicher an den Vernebelungsapparaten. Sie unterstützen mit ihrer verschieden abgetönten Sozialdemagogie, Scheinopposition und der Hege gegen die revolutionäre Arbeiterbewegung die Schleicher-Diktatur.

Arbeiter, euch wollen die Leipart, Stegerwald, Diller einreden, daß der Sabel des Generals ein Palmzweig ist. Sie reden vom „Waffenstillstand“, um euch die Waffe des Streiks gegen Lohnabbau aus der Hand zu schlagen und desto leichter alle Waffen der Bourgeoisie gegen euch anzuwenden. Ihr „Waffenstillstand“ bedeutet, daß ihr, Arbeiter, die sozialreaktionären faschistischen Maßnahmen der Bourgeoisie still und ergeben hinnehmen sollt. „Waffenstillstand“ heißt fettete Profite und Triumph der herrschenden Bourgeoisie und noch mehr Hunger, Elend und Ketten für die Arbeitermassen.

Die Lösung der Arbeiterklasse heißt darum: Schärfster Kampf gegen Hunger und Faschismus. Verjährt proletarische Einheitsfrontation an der Seite der Kommunisten gegen Schleicher, Bracht und für Brot, Arbeit, Freiheit, Sozialismus!

Not und Elend der Wohlfahrtserwerbslosen

Unterstützungsempfängern wird Miete abgezogen und nicht abgeführt. — Arbeiter werden auf die Straße gejagt — Besonders brutale Maßnahmen gegen die Frauen

Breslau. Immer krasser wirken sich die Faschierungsmaßnahmen, insbesondere an der großen Hungerarmee der Erwerbslosen aus, welche trotz „Anturbelung der Wirtschaft“ im ständigen Wachstum begriffen ist. Keine Möglichkeit, wieder in den Produktionsprozess eingereiht zu werden, sehen diese armen Opfer der kapitalistischen Profitwirtschaft dem Hungerwinter entgegen, ohne daß ihnen trotz „Winterhilfsgeheimnisse“ irgend welche Möglichkeiten blühen, auch nur irgend wie ihre Lage zu verbessern. Sind die Arbeitslosen an und für sich tagtäglich den Schikanen der Arbeitsämter ausgeliefert, so sind es die Wohlfahrtserwerbslosen in noch schärferem Maße.

Breslau, welches bekanntlich im Reichsdurchschnitt in der Höhe der Wohlfahrtserwerbslosen mit an der Spitze marschiert, bleibt auch gleichzeitig in der Drangsalierung und Schikanierung der Wohlfahrtserwerbslosen nicht zurück. Tagtäglich mühen die Kermiten der Armen wahrnehmen, was wir schon so oft betont haben, die Wohlfahrtsämter alles andere als Einrichtungen sind, die noch in irgendeiner Hinsicht als Wohlfahrtsinstitutionen bezeichnet werden können. Ein Teil der Bürokratie der Wohlfahrtsämter sieht vielmehr ihre Aufgabe darin, mit den schärfsten faschistischen Methoden gegen diese, dem Hungertode geweihten Menschen vorzugehen. Nachfolgende Fälle liefern den besten Beweis, mit welchen Mitteln versucht wird, die Not der Kermiten zu verhöhnern, und die sowieso schon zum äußersten verzweifeltsten Wohlfahrtserwerbslosen und Rentner aus ängstlich zu provozieren.

Feldbettstellen sind gut genug

Der Wohlfahrtsempfänger E. J. stellte einen Antrag auf Bewilligung von zwei Bettstellen, worauf er nach zwei Monate langem Warten Nachricht erhielt, daß der Antrag bewilligt worden sei. Bei aber nun glaubt, daß diesem auch wirklich ein paar Bettstellen zur Verfügung gestellt würden, der wird eines anderen belehrt. Als dieser auf der Niedergasse erschien, erklärte ihm Herr Jungling, Bettstellen mit Matrasen sind nicht vorhanden, sondern nur Feldbettstellen mit Strohsäcken könnte er „leihen“ erhalten.

Auf die Frage, ob er sich auch mit einer solchen Lagerstatt zufrieden geben würde, schrie dieser Mann im Kaltenhohn:

„Es ist eine Frechheit, sich mit mir zu vergleichen, er könne sich auch nicht mit Hindenburg vergleichen.“

Mit empörter Miene ging er weg und ließ den armen Profeten stehen, der bis heute noch nicht weiß, wie er neben Hunger und Kälte sich seine ausgebleichten Knochen wärmen soll.

Halten Sie den Mund!

Diese Antwort wurde einem Unterstützungsempfänger im Zimmer 20 auf der Sternstraße zuteil, als derselbe berechtigter Weise gegen einen unberechtigten Heiberabzug von der Unterstützung protestierte. Als der Erwerbslose dem Beamten erklärte, diese Angelegenheit sei längst erledigt, er solle doch besser aufpassen, rief dieser ihm zu, er soll den Mund halten.

Von den Hungerpfennigen noch Handwerkszeug kaufen

Ein Wohlfahrtserwerbsloser wurde zu Futurgearbeit nach Dämlich vermittelt, war aber nicht imstande, die Arbeit anzunehmen, weil es ihm unmöglich war, von seinen Hungerpfennigen sich noch eine Schippe zu kaufen. Das Wohlfahrtsamt beantwortete dieses Vorgehen mit der Unterstützungssperre. Erst nachdem dieser in seiner Verzweiflung, um sich vor dem Hungertode zu retten, sich bereit erklärte, das Handwerkszeug zu kaufen, wurde ihm die Unterstützung ausgezahlt.

Wohlfahrtsamt treibt Erwerbslosen auf die Straße

Zeit Monaten wurde dem Schilbermaler K. von der Stadtkasse 3 am Vestingplatz ein Teil der Unterstützung für Miete einbehalten. Das Wohlfahrtsamt hat aber dem Hauswirt Albrecht die Miete nicht abgeführt, was dazu führte, daß der Hauswirt die Räumungsflege einreichte.

Am 22. November wurde derselbe laut Gerichtsbeschluss vom 14. Oktober wegen rückständiger Miete egmittiert. Dieses konnte nur geschehen, weil

das Wohlfahrtsamt die abgezogene Miete nicht abgeführt hat.

Noch ungeheurer charakterisiert dieser Fall die Brutalität dieses kapitalistischen Wohlfahrts- und Wohnungssystems, wenn hierzu noch betont werden muß, daß dieser Erwerbslose für einen Raum, der als Lagerraum vermietet war und sich unter den menschenunwürdigsten Zuständen befand, noch von seiner färglichsten Unterstützung für diesen Raum Miete bezahlen mußte, und trotzdem egmittiert wurde.

Sie sind eine ganz gemeine Person!

Die erwerbslosen Frauen sind insbesondere den Schikanen der Arbeitsämter ausgesetzt, weil die Bürokratie dieser Hungeranstalten glaubt, sich an denselben noch viel brutaler zeigen zu müssen, als an den männlichen Erwerbslosen.

Auf der Seminarstraße kommt es des öfteren vor, wenn eine erwerbslose Frau oder Mädchen wegen ihrer Unterstützung nachfragt, daß sie dann die Antwort erhält; sie kriegen nichts, oder wenn die Erbitterung der erwerbslosen Frauen und Mädchen dazu führt, daß sie einmal ein Wort sagen, was nicht dem angemessenen Ton dieser Leute entspricht, dann heißt es: Sie sind eine ganz gemeine Person. Um auch das Bild zu vervollständigen, sind bereits an dieser Stelle Polizeibeamte eingesetzt, die dann durch ihr Dasein die Erwerbslosen abschrecken sollen.

Schläge statt Unterstützung

Ein sehr krasser Fall der Schikanen passierte dem Sozialrentner D., welcher infolge seiner schweren Krankheit sich nicht überlat energisch zur Wehr setzen kann, und der überall mit den schärfsten Drangsalierungen rechnen muß.

Um ihn loszumachen, versucht man mit allen Mitteln seine Frau zu beeinflussen, daß sie die Unterchrift geben soll für die Ueberweisung ihres Mannes nach Herrnhorst. Unterstützungsverordnungen wurden ihm gemacht, aber als derselbe höflich beim Oberleutnant Wagner nachfragt, mußte er erleben, daß ihm dieser einen Schlag in den Magen verleierte und ihn hinauswarf.

Einen Totenschein werden wir Ihnen ausstellen

Auf Grund einer Beschwerde, die er bei seinem behandelnden Arzt erhob gegen die Behandlung der Beamten, wurde ihm vom Dr. Martensche erklärt: „Einen Totenschein kann ich Ihnen geben.“

Diese Auslese aus den vielen Vorfällen, die sich tagtäglich in immer härterem Maße wiederholen, ist zu ersehen, welchen Schikanen die armen Opfer des Hungerregimes ausgesetzt sind.

Diese Tatsachen müssen für die Breslauer Erwerbslosen und Rentnerempfänger Anlaß sein, um sich in geschlossener Front gegen diese ungeheuren Schikanen zur Wehr zu setzen. Einreichung in die Einheitsfrontaktion, Verhärtung der Erwerbslosenausschüsse und Ausbau des Vertrauensleiters der Erwerbslosen bieten die Gewähr, daß an der geschlossenen Front der Hungerarmee alle Schikanen abgeprallt werden. Nur durch die geschlossene Kampffront können die Erwerbslosen nicht nur alle Angriffe abwehren, sondern sich auch bessere Verhältnisse erkämpfen.

(Wir bringen in der nächsten Nummer eine Fortsetzung über die „Winter-Hilfsmaßnahmen“ an den Erwerbslosen.)

KPD.-Antrag für die Hungernden

Der Reichstag wolle beschließen:
Zur Linderung der katastrophalen Notlage, in der sich infolge der anhaltenden Krise der kapitalistischen Wirtschaft die Erwerbslosen und andere Sozialhilfsbedürftige befinden, werden unverszüglich folgende dringliche Hilfsmassnahmen durchgeführt:

1. Jeder Erwerbslose und Sozialhilfsbedürftige erhält jede Woche ein Brot extra und gratis als Zusatzunterstützung.
2. Jedem Haushalt von Erwerbslosen und Sozialhilfsbedürftigen werden je fünf Zentner Kartoffeln ausgeliefert oder entsprechende Gutscheine als Zusatzunterstützung zur Verfügung gestellt.
3. Jedem Haushalt von Erwerbslosen und Sozialhilfsbedürftigen

werden sofort mindestens zehn Zentner Kohlen ausgeliefert oder entsprechende Gutscheine als Zusatzunterstützung zur Verfügung gestellt.

4. Die Wohlfahrtsämter werden verpflichtet, auf Anforderung der Erwerbslosenausschüsse für große Familien oder bringende Notfälle entsprechende Mehrlieferungen oder Nachlieferungen als weitere Zusatzunterstützung zu geben.
5. Die Kontrolle der Durchführung dieser Massnahmen wird den selbstgewählten Erwerbslosenausschüssen übertragen.

Berlin, den 6. Dezember 1932.

Zorgler, Häbel und Genossen.

RGO.-Genossen! Habt ihr schon die Vorbereitungen zu der Ortsverwaltungs-wahl getroffen? Wenn nicht, so muß das sofort geschehen!

Preisgabe der gewerkschaftlichen Errungenschaften!

Ströbel, Ueber die im Betrieb der Firma Schall herrschenden Zustände ist in der „Arbeiter-Zeitung“ schon mehrmals berichtet worden. Eine gewerkschaftliche Vertretung existierte bisher überhaupt nicht. Der Vorsitzende der Zahlstelle Ströbel des Steinarbeiter-Verbandes, Spielmann, erklärte, daß der Verband kein Interesse an der Wahl des Betriebsrats habe. Damit brachte dieser Reformist die Angst der Bürokratie vor einem Vormarsch der Revolutionären Gewerkschaftsopposition zum Ausdruck. Gleichzeitig aber ist hier der Beweis dafür erbracht, daß die reformistische Gewerkschaftsbürokratie selbst bereit ist, auf die gewerkschaftlichen Errungenschaften der Arbeiterklasse zu verzichten.

Das kann nur im Interesse der faschistischen Diktatur geschehen! Die Steinindustriellen haben davon den Nutzen.

Nur auf Veranlassung der im Betriebe beschäftigten revolutionären Arbeiter wurde die Betriebsleitung gezwungen, den Wahlvorstand zu ernennen, um die Betriebsratswahl in die Wege zu leiten. Eine Vorschlagsliste wurde von Seiten des Steinarbeiterverbandes nicht eingereicht. Spielmann hat wahrscheinlich schon gewußt, daß die Steinarbeiter kein Vertrauen mehr zu den reformistischen Gewerkschaftsführern besitzen. Die Steinarbeiter von Ströbel und Umgegend wissen, daß Spielmann kein Ansehen genießt für die Firma besorgt hat. Die Hungerlöhne, welche die Steinarbeiter durch das letzte Abkommen verdienen, spotten jeder Beschreibung.

Um die Höhe der Nichtlöhne des Wohlfahrtsamtes zu erreichen, müssen die Steinarbeiter unermüdlich kämpfen. Trotz der größten Schulterei verdient ein großer Teil noch nicht den Nichtlohn des Wohlfahrtsamtes. Der wöchentliche Lohn beträgt 10 bis 20 Mark.

Vor einigen Tagen fand nun die Betriebsratswahl bei der Firma Schall statt. Auf Grund der Belegschaftsstärke waren fünf Arbeiter und ein Angestellter zu wählen. Die Steinarbeiter beanspruchten vier, die Metallarbeiter einen Vertreter. Der Vertreter der Metallarbeiter ist Mitglied des Metallarbeiterverbandes und der SPD. Die Vertreter der Steinarbeiter gehören sämtlich keiner Gewerkschaft an, und nur einer ist politisch organisiert, und zwar in der SPD. Genosse Tiller wurde einstimmig als Vorsitzender gewählt. Obwohl der Betriebsrat erst einige Tage in Funktion ist, so konnte Genosse Tiller bereits erreichen, daß zwei Entlassungen wieder rückgängig gemacht wurden.

Die neugewählten Betriebsräte der Firma Schall sind sicher gewillt, ihre ganze Kraft im Interesse der Belegschaft für die Herstellung einer breiten Einheitsfrontbewegung unter den Steinarbeitern einzusetzen. Wir machen den Kollegen keinen Vorwurf, wenn sie die Reihen des Steinarbeiterverbandes aus Verärgerung über den Verrat der reformistischen Führer verlassen haben. Ihr Bestreben zur Herstellung der Einheitsfrontaktion gegen die bestehenden Hungerlöhne kann aber nur erfolgreich sein, wenn sie mit der revolutionären Gewerkschaftsopposition kämpfen!

Kollegen Betriebsräte, Steinarbeiter! Werdet daher Mitglieder der NSD! Brecht den verberblichen Einfluß der reformistischen Bürokratie in allen Betrieben, auf allen Arbeitsstellen durch Bildung von NSD-Betriebsgruppen und Oppositionsgruppen in den Gewerkschaften!

Reformistische Bürokratie für Lohnraub

Ströbel. In Nr. 136 der „Schweidnitzer Volkszeitung“ vom 1. Dezember berichtet der bekannte Zeilenhinder über die Hungerlöhne der Ströbeler Steinarbeiter und stellt fest, daß die Löhne der Steinarbeiter nur 10 bis 20 Mark betragen. Natürlich sind an diesen schlechten Löhnen wieder die Steinarbeiter selbst schuld, da sie dem Verband den Rücken gekehrt haben. Also, alles wieder in den Steinarbeiterverband, und es werden wieder höhere Löhne verdient; das ist die Schlussfolgerung dieses Zeilenhinders. Warum hat denn Reich, denn das ist der Schreiber dieses Berichtes, nicht mitgeschrieben, daß es die Vorstandsmitglieder der Zahlstelle des Steinarbeiterverbandes waren, die das Hungerlohnabkommen bei der Firma Schall unterschrieben haben, obwohl sie selbst wußten, daß unter diesen Bedingungen nichts verdient werden kann. Warum ist nichts davon geschrieben worden, daß Spielmann kein Ansehen genießt bei der Firma Schall besorgt hat und als Vertreter freiwillig Arbeitsdienste leistet unter Tarif ausübte?

Wir fragen weiter, warum ist nichts geschrieben worden über die herrschenden Zustände in der Konsumgenossenschaft, worüber ein großer Teil der Mitglieder sehr empört ist? Reich dürfte es doch auch bekannt sein, daß der Lagerhalter Reimann ohne Angabe eines Grundes gekündigt worden ist. Die Lagerhalterin Reimann ist schon gezwungen worden, auf ein Drittel ihres Gehaltes zu verzichten. Warum wird nichts über die Ueberstunden geschrieben, welche von den Verkäuferinnen in der Genossenschaft geleistet werden müssen? Geschäftsführer Kubitz verweigert sich sogar so weit, der Lagerhalterin Reimann den Urlaub abzugeben, weil sie sich an einem Sonntag geweigert hat, zu arbeiten.

Das kapitalistische Hungerystem als Mörder!

Der einzige Ausweg ist gemeinsamer Kampf um eine Arbeiter- und Bauernrepublik

Glogau. Der 27jährige Arbeiter Henkel aus Glogau, der Wohlfahrtsunterstützungsbezieher war, machte seinem Leben dadurch ein Ende, daß er sich mit einem Rasiermesser die Halsschlagader durchschneidete. Der Grund zu dieser Tat ist die langjährige Erwerbslosigkeit des betreffenden Arbeiters.

Löwenberg. In Löhn sprang eine unverheiratete Schneiderin in den Vohrer und machte dadurch ihrem Leben selbst ein Ende. Die betreffende Arbeiterin hatte schon mehrfach versucht, ihr Leben zu beendigen, wurde jedoch daran immer rechtzeitig gehindert.

Hirschberg. Hier wurde in dem Zimmer eines Hotels ein junges Paar bewußtlos aufgefunden. Der junge Mann war aus Hohenstein und versuchte dort als Redakteur, eine Zeitung zu gründen, die jedoch aus finanziellen Gründen scheiterte.

Diese drei Mordtaten sind ein Ausdruck der ungeheuren Verelendung aller Schichten der Bevölkerung. Trotz der Zahl derjenigen, die wie der erwerbslose Arbeiter

Die gesamte Leitung der Konsumgenossenschaft ist sozialdemokratisch. Reimann gehört auch dem Angestelltenbund an. Würde der Verband ein Interesse haben, so müßte es ein leichtes sein, bei der sozialdemokratischen Verwaltung zu erreichen, daß Tariflöhne gezahlt werden.

Anderes ist es natürlich bei dem Geschäftsführer Kubitz, der noch nicht auf den geringsten Teil seiner Entschädigung verzichtet hat. Herr Kubitz hatte auch einmal eine andere Einstellung. Er war nach Ströbel als Lagerhalter gekommen. Damals behandelte er auf Zahlung von Tariflöhnen, obwohl er dazu nicht berechtigt war, da er ja nicht die geringsten Kenntnisse als Lagerhalter besaß.

Steinarbeiter von Ströbel und Umgegend, dieser Fall beweist auch wiederum, daß es nur Phrasen sind, wenn die SPD in ihren Zeitungen schreibt, daß sie für die Interessen der Arbeiter kämpft. Nur durch die rote Einheitsfrontaktion unter Führung der NSD und revolutionären Gewerkschaftsopposition wird es möglich sein, eine Besserstellung der Lebenslage der Arbeiter zu schaffen.

SPD.-Stadtverordneter und NSD-brüderlich vereint

Schönberg (Sankt). Jawohl, Arbeiter und Arbeiterinnen von Schönberg, es ist Zeit, daß ihr euch alle mal um Angelegenheiten kümmert, die euch angehen. Da ist nun bald allgemeines Stadtgespräch und die Spaken pfeifen es schon von den Dächern, daß so ein außerordentlich famoser Sozialdemokrat in einer tiefen Kneipe (sein Stammlokal wohl?) in brüderlicher Einheitsfront mit den Nazis das Horst-Wessel-Lied „NSD marschier...“ gesungen hat. Dieser famose Sozialdemokrat ist ein prominentes Mitglied der SPD. Man hört, daß er Stadtverordneter und Fraktionsführer derselben ist. Nun, ihr SPD-Wähler, was sagt ihr dazu? Wie lange wollt ihr noch dieser Partei vertrauen, die derartige Elemente in ihren Reihen hat und duldet? Kann die SPD überhaupt gegen den Faschismus kämpfen? Wir Kommunisten sagen nein! Dafür ist der beste Beweis, daß ein Mitglied wie der oben Genannte überhaupt in der SPD gebildet wird. Aber wer nicht gegen den Faschismus ist, kann auch nicht gegen den Kapitalismus kämpfen. Hier zeigt sich die SPD erneut als Stütze des kapitalistischen Hungerystems!

Darum, sozialdemokratische Arbeiterinnen und Arbeiter, verlaßt diese Partei des Arbeiterverrats und kämpft mit der revolutionären Arbeiterklasse, mit der kommunistischen Partei, der Partei Karl Liebknechts und Lenins, kämpft mit der revolutionären Gewerkschaftsopposition!

Jungreichsbannertameraden gegen „Bergwacht“-Lügen!

Die Wahrheit über das „soziale“ Arbeitsdienstlager in Liebau — Drei Jungbannertameraden reihen sich ein in die antifaschistische Einheitsaktion!

Liebau. Wir haben von Anfang an im Arbeitsdienstlager Liebau gearbeitet und müssen zu dem „Bergwacht“-Artikel Nr. 280 vom 29. November feststellen, daß alles erlogen ist. Es wurde uns allerhand versprochen, aber nichts gehalten. In der zweiten Woche haben wir trotz des Ableugnens der „Bergwacht“

wegen den Missetänden gestreikt und dadurch erreicht, daß wir Stiefel bekamen und besseres Essen,

das nachher allerdings wieder schlechter wurde. Das Essen war unzureichend. Für 80 Arbeiter nur acht Pfund Fleisch! Da kann sich jedermann vorstellen, wie das Essen beschaffen war. Wir mußten das Vesperbrot gleich nach dem Mittagessen verzehren. Wenn die „Bergwacht“ schreibt, daß „die Kommunisten uns verhehrt“ haben, so müssen wir feststellen, daß die Verhältnisse im Lager uns so weit gebracht haben.

Es sind nicht „42 Kommunisten“ aus dem Lager abgezogen, sondern 50 Prozent waren davon im Reichsbanner und in den Gewerkschaften organisiert. Die „Bergwacht“ schreibt weiter von dem „Schwindel der abgerissenen Abzeichen“. Dazu können wir berichten, daß Reichsbannerabzeichen von den Mägen abgerissen wurden mit der Bemerkung: „Kunier mit dem Kaudu.“ So erging es auch den Dreipfeilabzeichen.

Nachdem das Arbeitslager bereits sechs Wochen bestand, waren noch nicht die nötigen Kleidungsstücke vorhanden. Wer will es uns da verübeln, wenn wir nicht gewillt sind, uns durch die nasse Kleidung Krankheiten auf den Hals zu holen. Um diese Forderungen haben wir den Kampf organisiert. Als es darum zum Kampf kam, sollten drei Mann entlassen werden.

Wieder vier Opfer der unerhörten Antreiberei im Schacht

Waldburg. In der Frühlicht des 2. November verunglückte in der 18. Abteilung des Zuluftschachtes der Schlepper Paul Wid aus dem Stadtteil Altwasser. Kamerad Wid war in der Förderung beschäftigt. Beim Zudrücken auf der 4. Sohle kam er zwischen zwei Wagen, wodurch ihm beide Arme gebrochen wurden.

In derselben Schicht verunglückte der Bauer Bruno Melzer aus dem Stadtteil Altwasser in der 22. Abteilung. Bei der Kohlenabwinnung im 14. Flöz zog er sich eine schwere Anstehlung zu.

In der Mittagsschicht desselben Tages verunglückte der Bauer Paul Wende aus Waldburg in der 25. Abteilung. Durch ein herabfallendes Bergstück erlitt er Brust- und Rückenverletzungen.

Die drei Verunglückten mußten in das Knappschaftslazarett eingeliefert werden.

Am 1. Dezember verunglückte schwer auf der Glückstiftgrube im zweiten Flöz siebente Abteilung durch hereinbrechende Kohlen der Kamerad Schlabich. Er erlitt Kopf- und Armverletzungen.

Unsere täglichen Meldungen über die Unglücksfälle im Schacht sind ein Barometer der gesteigerten Antreiberei. Vielfach erbracht wir schon den Nachweis, daß die jetzt im Winter etwas gesteigerte Förderung mit fast derselben Anzahl Kameraden herausgeschubdet wird. Das muß eine Verhärtung des Lebens und der Gesundheit der Kameraden nach sich ziehen.

Kameraden, dagegen hilft nur euer vereintes Auftreten in der Abteilung! Stößt den frechen Antreibern ordentlich Bescheid! Trete ihnen mit der Einheitsaktion, zu welcher der Einheitsverband der Bergarbeiter aufgerufen hat, entgegen! Schluß mit der Antreiberei! Her mit der Sicherung von Leben und Gesundheit!

„Kein Terror kann den Vormarsch der NSD aufhalten“

Horka. Unter dieser Schlagzeile erschien in Nr. 271 der „Arbeiter-Zeitung“ ein Artikel, in welchem es heißt: „Der Grundstift des Faschismus“ verlangte die Entfernung des Faschismus aus dem Grundstift des Konsumvereins befindet, sondern an das Grundstift desselben angrenzt. Das Grundstift, auf welchem das Faschismus steht, gehört einem kleinen Stellenbesitzer. Dieser hat auch unteren Genossen auf Trängen anderer um Befestigung der Faschismus errichtet. Welches sind nun die eigentlichen Bearbeiter dieses kleinen Mannes? Es sind alle Arbeiter- und Kleinbauernfeindlichen Elemente, und dazu gehören in erster Linie die sozialdemokratischen Größen von Horka, denen die „Arbeiter-Zeitung“ in unmittelbarer Nähe des Konsums als eine der Hauptgefahren von jeher erdient: Arbeiter, Kleinbauern, erkennt endlich eure Feinde, löst euch nicht von irgendwelchen Schmarozern terrorisieren, lest und verbreitet die „Arbeiter-Zeitung“ nun erst recht!

Wir erklärten uns mit noch 36 Mann solidarisch und verließen das Lager.

Am letzten Tage wurde das erste Mal ein gutes Essen gekocht, und dazu hatte man die Vertreter der bürgerlichen Presse geladen, die Kostproben davon nahmen. Das zeugte so richtig von der Verbundenheit mit der bürgerlichen Gesellschaft. Wir haben mit dieser Arbeiterpartei gebrochen und die Mitgliedsbücher des Reichsbanners abgegeben. Wir erklären hiermit, daß wir bereit sind, unsere Kraft einzusetzen zum Kampf um die Lebensfragen der Arbeiter in der antifaschistischen Einheitsaktion!

Eigenhändige Unterschrift!
Erhard Beer. Fritz Reimann. Georg Fischer.

„Die Sprengung des Arbeitsdienstlagers!“ Unter dieser knalligen Ueberschrift schneit sich die „Bergwacht“ in einem unbeholfenen Artikel aus. Gerade die Sachlichkeit unserer Berichterstattung scheint die Schmelz aus dem Häuschen gebracht zu haben. Kein Wunder, denn schon die Tatsache, daß sozialdemokratische Jungproleten um die elementarsten gewerkschaftlichen Forderungen mit einem Proteststreik gegen die Gewerkschaften, die Träger dieses „sozialen“ Arbeitsdienstes sind, kämpfen müssen, dürfte selbst dem abgebrühtesten Konzen die Schamröte ins Gesicht treiben. Wer beweist seine Unternehmerrundlichkeit?

Der Kommunist, der einen jähen Kampf gegen die Vergewaltigung der Jugend im Arbeitsdienst führt, oder der Sozialdemokrat, der aus diesem Arbeitsdienst persönlichen Nutzen zieht?

Wir stellen fest, daß die Frau des Reichsbanner-Führers und SPD-Stadtrats Penke im Arbeitsdienstlager gegen gute Bezahlung Kochfrau ist, daß ihre Kinder an den Mahlzeiten teilnehmen; und das alles, obwohl ihr Mann noch bei der Eisenbahn beschäftigt ist! Wir stellen fest, daß diese Frau Penke die Jugendlichen, die sich über das Essen beschwerten, aufforderte, das „Maul zu halten“ und sie fragte, „ob sie vielleicht das Essen bezahlten oder ob das Essen nicht von ihnen (den NSD-Funktionären wahrscheinlich) bezahlt würde? Wir stellen fest, daß der Jungbannertamerad Richter, der im Lager den Posten des „Rüchensullen“ verleiht, seinen jugendlichen Reichsbannertameraden, die noch einen „Schlag“ wollten, das Fenster vor der Nase zuschlug, indem er erklärte: „Ihr freßt ja wieder mal wie die Schweine!“ Für die NSD-Funktionäre wie den SPD-Stadtverordneter Friese hat es aber Essen gegeben. Wir fragen die am Lager so stark interessierten Funktionäre des NSD und der SPD, ob sie vor der gesamten proletarischen Öffentlichkeit bezeugen können, daß sie auch noch nicht den geringsten persönlichen Vorteil aus dem Lager gezogen haben? Dieser Nachweis dürfte den „Sozialisten“ schwer fallen.

Wir Kommunisten nehmen nicht den „verhehten Jungproleten jede Möglichkeit, aus ihrem Elend herauszukommen“. Im Gegenteil! Wir zeigen ihnen und der gesamten Arbeiterklasse die einzige Möglichkeit dazu: den revolutionären Ausweg! Schon bricht sich langsam in den Reihen der Liebauer sozialdemokratischen Arbeiterklasse die Erkenntnis Bahn, daß sie nicht mehr verbunden mit diesem geschäftstüchtigen Kleinbuzentum, sondern daß sie gemeinsam mit ihren ehelichen kommunistischen Klassenbrüdern den Weg aus dem Elend unserer Tage zur Arbeiter- und Bauernrepublik gehen müssen!

Faschistischer Feldzug gegen bulgarische Arbeiter

Der revolutionäre Aufschwung soll in Strömen von Arbeiterblut erstickt werden — Die K.P. organisiert den Massenwiderstand
Entfaltet Protestbewegung gegen den faschistischen Terror in Bulgarien!

Je mehr sich die wirtschaftliche Krise verschärft und ausbreitet und je mehr die bulgarische Bourgeoisie alle Lasten dieser Krise auf den breiten Rücken der werktätigen Massen abzuschieben versucht, desto schneller und tiefer geht die Radikalisierung der Arbeiter und Bauern Bulgariens vor sich. Alle Versuche der Bourgeoisie, die ungeheure wirtschaftliche Krise zu lindern und den Zusammenbruch der Staatsfinanzen zu verhindern, führen zu weiterer Belastung und Ausplünderung der werktätigen Massen, zur weiteren Vergrößerung des Elends und des Hungers und zum weiteren Ansteigen der Erbitterung und Radikalisierung breiter Schichten der werktätigen Bevölkerung Bulgariens.

Das erste Zeichen dieses revolutionären Aufschwungs ist die unaufhörliche Streikwelle, die durch das Land zieht. Alle diese Streiks, die unter Führung der revolutionären Gewerkschaften stehen und von denen die meisten einen ausgesprochenen Angriffskarakter haben, sind ein Schrecken für die bankrotte Bourgeoisie.

Das zweite dieser Zeichen der Revolutionierung der Massen ist der große Sieg der Kommunisten bei den Gemeindevahlen in Sofia sowie die neuen Erfolge der revolutionären Einheitsfront bei den Teilwahlen der Landgemeinderäte — und dies trotz schärfstem Terror und Verfolgung seitens der Regierung. Die Regierung der Regierung, der neugewählten Arbeiterstadtratsmehrheit die Kommune Sofia zu übergeben, rief eine große Protestaktion in allen Teilen des Landes hervor. Von besonderer Wichtigkeit und Bedeutung hierbei sind die politischen Streiks, die zum ersten Male seit dem faschistischen Umsturz von 1923 so erfolgreich durchgeführt werden.

Das dritte der zahlreichen revolutionären Zeichen ist die große Antifaschistische Bewegung und der Kampf zur Verteidigung der Sowjetunion.

Die Radikalisierung der Massen geht weiter und weiter, der revolutionäre Aufschwung steigt mächtig an.

Die „sozialistische Gefahr“ ist das tägliche Thema aller bürgerlichen, sozialfaschistischen und agrarfaschistischen Zeitungen.

Gleichzeitig wird systematisch und offen ein blutiger Prolog gegen die Arbeiterorganisationen und ihre Führer propagiert und vorbereitet.

Auf der Tagesordnung der Regierungsberatungen stehen konkret die Auflösung der Arbeiterpartei, der unabhängigen Gewerkschaften und der anderen Massenorganisationen der Arbeiterklasse Bulgariens, die Annullierung der Mandate der Arbeiterabgeordneten und das Verbot der gesamten Arbeiterpresse.

Die K.P. Bulgariens mobilisiert und organisiert die Massen zum Widerstand, zur entschlossenen Verteidigung der Massenorganisationen. Die werktätigen Massen erklären ihre Bereitschaft zum unbeugbaren Kampf, zu politischen Streiks, zur Weigerung der Zahlung von Steuern, Pacht und Zinsen, um ihre Massenorganisationen zu verteidigen.

Deshalb reiben die faschistischen Machthaber eine blutige Heise und bereiten den blutigen Prolog vor. Der Kongress der Reserveoffiziere, eine der Hauptstützen der faschistischen Diktatur in Bulgarien, der Ende Oktober in Rüstendil stattfand und auf dem u. a. der Kriegsminister Rissow im Namen des Königs und der Sozialer Bischof Stephan im Namen der Kirche eine wüste Schimpfkanonade und Heise gegen die Arbeiterbewegung und den Kommunismus trieben, verlangt von der Regierung nicht nur die Auflösung aller revolutionären Organisationen der Werktätigen Bulgariens, sondern auch die physische Vernichtung aller Staatsfeinde.

Es sei nochmals hervorgehoben: Es wird ein blutiger Prolog nach dem Vorbild von 1923 und 1925 zur physischen Vernichtung der Führer und der Funktionäre der Arbeiterbewegung vorbereitet.

Die Führer der Reserveoffiziere, der Reserveunteroffiziere, der Vereinigung „Rodna Jazina“ (Heimatschutz), „Ru-

brai“ u. a. haben angeordnet, daß alle Formationen zum Einsatz bei den bevorstehenden „wichtigen“ Ereignissen bereit sein sollen. In Sofia sind mehrere Trupps mazedonisch-faschistischer Terroristen zusammengezogen, damit auch sie — wie immer bis jetzt — zur Niederwegelung der Arbeiterklasse verwendet werden können.

Es muß Alarm geschlagen werden! Wir alarmieren die ganze Öffentlichkeit der Werktätigen der Welt, der revolutionären

Arbeiter und Bauern aller Länder! Die kämpfenden Werktätigen Bulgariens sind vor die ernste Gefahr eines Blutbades gestellt worden! Es ist revolutionäre Pflicht der internationalen Arbeiterklasse, ihre Klassen солидарität mit der bulgarischen kämpfenden Arbeiterklasse zu zeigen, indem sie einen Massenprotest zur Verhinderung des geplanten Pogroms gegen die revolutionären Organisationen der Arbeiter und Bauern Bulgariens und ihre Kader organisiert und durchführt.

Gewaltige Streitwelle in Spanien

Großer Streikflug in Sevilla — Schwere Streik- und Hungerunruhen im ganzen Land

Madrid, 5. Dezember. Die Streikbewegung in Spanien nimmt unter Führung der kommunistischen Partei eine immer größere Ausdehnung an. In mehreren Orten der Provinz Cordoba haben die Landarbeiter die Arbeit niedergelegt, da sie nicht imstande sind, von den geradezu entsetzlichen Hungerlöhnen ihr Leben zu fristen. Demonstrationen der Landarbeiter ziehen von Ort zu Ort und es kam mehrfach zu Stürmen auf die Sitze der Großgrundbesitzer.

In den Dörfern der Umgebung Sevillas sind zahlreiche blutige Zusammenstöße zwischen den Landarbeitern und der Zivilgarde der kontrevolutionären sozialdemokratisch-republikanischen Regierung Azana-Caballero zu verzeichnen. In der Stadt Sevilla kam es zu Hungerunruhen im Zusammenhang mit den Arbeitern des Bahnhofs Sevilla. Eine Reihe von Lebensmittelmagazinen wurde gestürmt und die Nahrungsmittel an die Bevölkerung verteilt. Auch in Cadix wurden im Zusammenhang mit den Streiks die Lebensmittellager gestürmt, wobei es zu Zusammenstößen mit der Polizei kam, zu deren Unterstützung zwei Infanterieregimenter herangezogen wurden.

In der Provinz Saragossa hat sich der Streik der Zuckerrübenarbeiter auf das gesamte Gebiet ausgedehnt. Am Montag

sind die Metallarbeiter in Valencia und die Belegschaften der Hochöfen in Oviedo (Asturien) in den Streik getreten. Schwere Streikunruhen werden ferner aus Segura gemeldet.

Die Arbeiter des Bahnhofs Sevilla standen fast einen ganzen Monat im Streik um eine Erhöhung ihrer Löhne. Das der K.P. angeschlossene Gewerkschaftsorgan von Sevilla organisierte zur Unterstützung dieses Streiks vor einigen Tagen einen 48stündigen Generalstreik. Dieser Generalstreik ist von den anarchofaschistischen und sozialdemokratischen Führern verraten worden, wurde aber trotzdem von den Arbeitern mit nahezu völliger Geschlossenheit durchgeführt.

Die sozialdemokratisch-republikanische Regierung hatte die Büros der Gewerkschaften verriegeln lassen, sie hatte Streikbrecher organisiert und faschistische Sturmgarben mobilisiert. Trotz all dieser Unterdrückungsmaßnahmen verharren die Arbeiter des Bahnhofs weiter im Streik, der nunmehr mit einem vollen Sieg geendet hat. Sämtliche Forderungen der Streikenden sind bewilligt worden. Diese Forderungen sind: Freilassung der während des Streiks verhafteten Arbeiter, Wiedereröffnung des Gewerkschaftsbüros, Wiedereinstellung aller Arbeiter und Erhöhung der Löhne. Dieser Streiksieg ist ein großer Erfolg der revolutionären Arbeiter von Sevilla.

Große revolutionäre Soldatenversammlung in Zürich

Zürich, 5. Dezember. In Zürich fand am Freitagabend eine große Soldatenversammlung statt, die vom Initiativ-Komitee des Infanterieregiments 27 einberufen war. Die über 500 versammelten Soldaten bekundeten den verhassten Genfer Soldaten ihre brüderliche Solidarität und beschloßen, im ganzen Land eine große Kampagne für den Schutz der revolutionären Soldaten auszulösen. Zu diesem Zweck wählte die Versammlung ein Verteidigungskomitee aus 23 Soldaten. Die bürgerliche und sozialdemokratische Presse hat bereits mit einer wütenden Heise gegen diese Aktion der proletarischen Soldaten eingeseht und verlangt das Verbot des Initiativ-Komitees. Bei der Arbeiterklasse jedoch hat die Aktion der Züricher Soldaten eine gewaltige Begeisterung ausgelöst.

Japanische Kriegsschiffe gegen Sowjetchina

Schanghai, 5. Dezember. Auf Anordnung der japanischen Admiralität sind am Freitag in der chinesischen Küstenstadt Amoy drei japanische Kriegsschiffe „zum Schutze der japanischen Be-

völkerung“ eingelaufen. Diese Kriegsschiffe sollen mindestens vier Wochen in Amoy bleiben. Amoy ist die internationale Niederlassung der Stadt Tschangtschi, vor deren Toren die chinesische Armee steht. Der Vorstoß des japanischen Imperialismus richtete sich also direkt gegen die Sowjetprovinzen Jangtschi und Hunan.

Zu Hilfe der chinesischen Sowjetrevolution! Fallt durch proletarischen Massenkampf in jedem Lande den Imperialisten in den Arm!

Feste Streikfront der österreichischen Bergarbeiter

Wien, 5. Dezember. Der Bergarbeiterstreik in Grünbach wird geschlossen durchgeführt. Im ganzen Neukirchner Industriegebiet löste der Grünbacher Kampf große Begeisterung und gesteigerten Kampfwillen aus. Unter dem Eindruck dieser Bewegung mußten die Stahlwerke Wöhler u. Wiedmann in Teritz ihre Lohnraubpläne aufgeben. Die Streikenden in Grünbach richteten an die Bergarbeiter des benachbarten, ebenfalls der Alpine Montan gehörenden Hartter Bergwerks einen Appell, sich dem Streik anzuschließen. Die Hartter Arbeiter haben der Direktion ein Ultimatum gestellt.

A. Schapowalow:

ILLEGAL

Ein alter Bolschewik erzählt aus seinem Leben

55. Fortsetzung.

Gedacht von der Ungewißheit und der Unruhe, beschloß ich am 17. Juni, endlich mein dunkles Zimmer doch zu verlassen. Meine Krankheit hatte sich gebessert. Das Tageslicht tat meinen Augen nicht mehr so weh, sie waren nicht mehr so entzündet. Der Augenarzt war der Ansicht, daß ich jetzt, ohne Gefahr zu laufen, mein Augenlicht zu verlieren, das dunkle Zimmer verlassen und die Augen durch eine Brille geschützt, auf die Straße gehen darf.

Ich begab mich sofort zum Hafen, um mir den berühmten Panzerkreuzer „Patomkin“ anzusehen. Es war ein heller, sonniger Tag. Im hellen Licht der Sonne waren kleine, schwarze Punkte am Meer zu sehen, das waren die Schiffe der Geschwader der Admirale Wischnjewejskij und Krieger, die in breitem Halbkreis die Ausfahrt des Odessaer Hafens dem „Patomkin“ versperren.

Ich schaute mich um und bemerkte, wie auf dem Lansheron schwere Feldartillerie aufgebaut wurde. Die Mündungen der Kanonen waren auf denselben schwarzen Punkt im offenen Meer gerichtet, gegen den die beiden Geschwader losgezogen waren. Wählich legte sich der „Patomkin“ in Bewegung und steuerte unerschrocken dem Geschwader zu. Es war von der Anhöhe aus nicht möglich zu unterscheiden, ob er sich in den Kampf begibt, oder sich ergeben will. Allen, die keine Matrosen waren, kam es vor, als wolle er sich ergeben.

„Iagt die Leute auseinander!“ ertönten plötzlich die laute Stimme eines Offiziers.

„Nicht stehen bleiben! Pos!“ schrien nun auch die Soldaten, die das ganze Lansheroner Ufer besetzt hielten. „Fort! Sonst schießen wir!“

Auf dem Wege zu den Genossen, den Mitgliedern des Komitees, dachte ich die ganze Zeit an den Genossen Matulinski.

Seinen wirklichen Namen kannten damals nur wenige. Wir nannten ihn Dmetschuk. Ich sah vor mir sein Gesicht mit jenem strengen, harten Ausdruck, der oft Toten zu eigen ist. Sein für ewig geschlossener Mund schien die Worte des Aufrufes, der an seiner Brust befestigt war, zu wiederholen: „Mache den blutdürstigen Vampiren! Tod den Unterdrückten! Tod den Ausbeutern! Es lebe die Freiheit!“ Er hatte kein Leben für den Aufstieg geopfert. Warum aber haben wir uns nicht erhoben? Warum stehen an allen Ecken und Enden die Verkörperung des Faschismus und des Kapitals — die Polizisten? Warum haben sich nicht die Soldaten erhoben, die den Straßen entlang patrouillieren? Warum liegen unsere Leichen nicht neben der Leiche des getöteten Matulinskihans?

Das Ende des Aufstandes

Als ich am 18. Juni meine Wohnung verließ, erblickte ich plötzlich am Ende der Straße eine Menschenmasse, die hastig davonlief und eine Kofakenabteilung, die die Laufenden mit Nagajkas prügelte. Die Straße drohte vom Pferdegetrappel und Gewieher, von Frauenschreien, von Weinen, Schluchzen, vom Klirren der Tore, die die Hauswarte rasch zuschloßen. Bemüht, in irgendeinen Hof zu flüchten, hinter die eisernen Tore, fielen die erschrockenen Frauen hin und gerieten und die Hufe der Pferde. Es gelang nur wenigen, sich hinter den Türen zu verstecken: die Hauswarte liegen nur die ihnen bekannten Hausbewohner hinein. Die Straße wurde in einem kurzen Augenblick leer.

Ich hatte kaum Zeit, in das Haus zurück zu springen, in dem ich wohnte, fast wäre ich unter die Nagajka des Kofaken geraten, der auf seinem Pferd bis zum Haustor geprengt kam.

„Schweinehund!“ schrie der Kofak. „Verfluchte Saujuden, ich werd' euch schon zeigen, was das heißt, Unruhen und Streiks zu organisieren! Jetzt habt Ihr's! Ihr werdet's schon zu spüren bekommen!“

Die im Tor Stehenden prallten vor diesem wüsten Geschimpf erschrocken zurück. Allen kam derselbe Gedanke: wenn der Kofak sich das Tor öffnen läßt, werden wir mit der Nagajka halbtot geprügelt oder vom Pferde zerstampft. Aber ein noch viel größeres Entsetzen spiegelte sich auf den Gesichtern, als nachdem der Kofak vom Tor weggeritten war, zwanzig Fuhrwerke langsam hintereinander vorbeizuhüben: auf jedem dieser Fuhrwerke lagen drei bis vier Leichen von Hafen- und Fabrikarbeitern, die während der Feuerschneise im Hafen getötet worden waren, als man eine

Salve nach der anderen in die Plünderer abfeuerte. Es fiel mir auf, daß alle Toten Russen waren. Alle trugen russische Hüfen. Die Leichen waren blutüberströmt. In meiner Erinnerung blieb das Gesicht eines der Toten. Es war ein Arbeiter von ungefähr fünfundzwanzig Jahren. Auf seinem schönen, klugen, energiegeladen Gesicht schien eine Frage, ein Staunen, ein Vorwurf gegen jene, die ihn getötet hatten, erstarrt zu sein. Auf seiner Stirn dunkelte eine kleine, schwarze Öffnung, die von geronnenem Blut umgeben war. Augencheinlich hatte ihn eine Kugel niedergestreckt.

„So viele Tote!“ sagte einer der im Hauseingang Stehenden. „Jeder von ihnen hat wohl eine Mutter, eine Frau, eine Braut... Die werden vergebens warten...“

„Glauben Sie denn, daß das schon alles ist?“ antwortete ein anderer. „Man sagt, im Hafen liegen ganze Berge von Leichen. Man wird sie ins Meer schmeißen.“

„Warum führt man sie überhaupt über diese Straße? Das ist doch nicht der Weg zum Friedhof...“

„Um die Bevölkerung einzuschüchtern... damit den Leuten die Lust zum Rebellen vergeht,“ antwortete der Hauswart, „auf allen Straßen führt man jetzt die Toten herum“, fügte er erläuternd hinzu.

Die Prozession der Toten war von Kofaken flankiert. An der Spitze und am Ende ritten Kofaken. Sie drohten mit der Nagajka, stießen wilde Flüche aus, zeigten auf die Toten. Alles sprach dafür, daß die Polizei diese Demonstration wirklich zur Einschüchterung der Bevölkerung organisiert hatte.

Außer den Genossen Gukjew und Timofej und den Genossinnen Anipowitsch und Gromowa (Gromowowa) befand sich während der Ankunft des Panzerkreuzers noch Genosse Jaroslawskij in Odessa, der gerade nach einem Hungerstreik aus dem Gefängnis entlassen worden war und aus diesem Grund nicht aktiv an den Ereignissen teilnehmen konnte.

Schon am 17. Juni erfuhr ich, daß der Panzerkreuzer zu wenig Kohlen für elektrischen Scheinwerfer hat. Unserem Genossen, Ingenieur Chwofes, gelang es, sie irgendwo ausfindig zu machen. Ich übernahm es, sie auf den Panzerkreuzer zu bringen. In demselben Augenblick, als ich mich ins Boot setzen wollte, um hinzufahren, kam die Nachricht, daß „Patomkin“, infolge des Betrags des „Grigorij“, ganz unerwartet mit unbekannter Richtung ins offene Meer stieß.

(Fortsetzung folgt.)

Die Kampftagung der KPD. Schlesiens

Referat des Genossen Sandtner auf dem 17. Bezirksparteitag

Wenn wir von dem Niedergang des Kapitalismus sprechen, reden wir auch von der Geschichte des revolutionären Proletariats, über die Geschichte der Arbeiterbewegung in Schlesien. An der Wiege des Kapitalismus stand Hunger und Elend für die Arbeiterklasse. Die schlesischen Weber waren es, die im Jahre 1844 durch ihren heroischen Aufstand der Welt signalisierten, daß das Proletariat den Kampf gegen den Kapitalismus eröffnet hat. Die schlesischen Weber kämpften noch nicht gegen einen Monopolkapitalismus, wie das jetzt der Fall ist, sondern sie kämpften gegen die einzelnen Unternehmer, gegen die Freizügler. Die Kampf- und Aufstand der Weber folgte der Streik der Waldenburger Bergarbeiter im Jahre 1868. Der Streik wurde damals noch von der Hirsch-Dunderscher Gewerkschaft geführt. Der Streik der Bergarbeiter war eine Niederlage. Hier in Breslau ist der Kampf in aller Schärfe zwischen dem Bund der Kommunisten und den Sozialdemokraten geführt worden. Auch Karl Marx, der hier während der Jahre 1849/1856 an der „Neuen Oder-Zeitung“ mitgearbeitet hatte, war hier in Schlesien einer der ersten revolutionären Kämpfer für den Sozialismus. Aber auch für die Breslauer Gewerkschaften, die Arbeitervereine, ist es wichtig, daß hier im Breslauer Gewerkschafts-Kreis die Vorläuferin und Mitbegründerin der kommunistischen Partei, die Genossin Rosa Luxemburg, saß und hinter Herkulesmännern die Junius-Broschüre geschrieben hatte. Genosse Lenin, der auf einmal Fehler in der Broschüre hinwies, erklärte, daß die Broschüre ein Kunstwerk sei. Lenin war es weiter, der über die Genossin Luxemburg von dem „Aldler der Revolution“ sprach. Wir als schlesische Parteiorganisation setzen diese Tradition in dem Kampf zum Sturz dieses verabscheuten kapitalistischen Systems, für die Errichtung einer Arbeiter- und Bauern-Republik fort.

Wir haben heute und morgen als 17. Bezirksparteitag die Aufgabe, die Beschlüsse des 12. EKKI-Plenums und der Reichsparteikonferenz zu beraten. Das 12. EKKI-Plenum hat in seinen politischen Thesen die Feststellung getroffen, daß das Ende der kapitalistischen Stabilisierung eingetreten ist. Die Entwicklung des Kapitalismus ist

durch die kommunistische Internationale und ihre Beschlüsse hundertprozentig bestätigt worden. Die sozialdemokratischen Führer, die die These des organisierten Kapitalismus, des „allmählichen Einemachtens in den Sozialismus“ und das Ende der Weltrevolution aufstellten, sind als Betrüger entlarvt worden. Die allgemeine Krise des Kapitalismus dauert an. Nicht ein einziges kapitalistisches Land ist von der Krise verschont geblieben. Wir müssen feststellen, daß die Krise der Industrie mit einer allgemeinen Agrarkrise verbunden ist. Die Arbeiter müssen die Beschlüsse des EKKI-Plenums und der Reichsparteikonferenz zur Krise im Weltmaßstab und in Deutschland im besonderen gründlich studieren. Das Konjunktur-Forschungsinstitut hat selbst die Feststellung treffen müssen, daß in der wirtschaftlichen Entwicklung keine Besserung eingetreten ist. Das Ende der kapitalistischen Stabilisierung kommt zum Ausdruck, in den wachsenden Widersprüchen des Imperialismus.

Während sich der Kapitalismus im weiteren rapiden Niedergang befindet, haben wir auf der anderen Seite die Tatsache, daß der sozialistische Aufbau in der Sowjetunion sich im gigantischen Ausmaß fortentwickelt. Der erste Fünfjahresplan ist in vier Jahren durchgeführt und damit das Fundament der sozialistischen Wirtschaft aufgedeckt und befestigt worden. Der Sieg des Sozialismus in der Sowjetunion hat die Gegenläufe der imperialistischen Länder untereinander ungeheuer verstärkt. Mit dem Aufbau des Sozialismus haben wir zu gleicher Zeit einen revolutionären Aufschwung in der ganzen Welt. Wir haben noch nicht revolutionäre Krisen oder revolutionäre Situationen in einem solchen oder auch nur ähnlichen Ausmaß, wie in den Jahren 1917/18, 1919 und 1923.

In Deutschland steigen die Voraussetzungen der revolutionären Krise mit größter Beschleunigung an. Wir befinden uns in einem Uebergang zu einer neuen Reihe von Revolutionen und Krisen, wie wir sie vor der Periode der relativen Stabilisierung des Kapitalismus gehabt haben.



faschistischen Diktatur nicht durchzuführen ist, deshalb wird die Schleicher-Regierung von der KPD. und vom Zentrum und vor allem von den reformistischen und christlichen Gewerkschaften toleriert. Die sozialdemokratischen Partei- und Gewerkschaftsführer wollen mit ihrem neuen Betrugsmanöver, die Schleicher-Regierung sei „das kleinere Übel“, die sozialdemokratischen und gewerkschaftlich organisierten Arbeiter für die Unterstützung der Generalsdiktatur Schleicher einspannen. Die sozialdemokratische Breslauer „Volkswacht“ spricht davon, daß Schleicher einige Veränderungen in den Notverordnungen vornehmen wird. Man will damit den Anschein erwecken, daß die Politik von Schleicher gegenüber der Arbeiterschaft eine andere sein werde, als die von Papen.

Wir haben alles zu tun, daß es den sozialdemokratischen Führern nicht gelingt, die Arbeiter erneut zu betriegen. Wir müssen diese Millionen kampfgewillter Arbeiter in der roten Einheitsfront zum Kampf gegen die faschistische Diktatur sammeln. Wir Kommunisten dürfen nicht nur von Einheitsfront reden, sondern müssen die Einheitsfront in den Betrieben und Stempelstellen wirklich schaffen.

Gegen das parteischädigende Treiben der Neumann-Gruppe

Der Genosse Sandtner behandelte in diesem Zusammenhang das parteischädigende Treiben der Neumann-Gruppe und zeigt auf, wie die Partei in der Durchführung der Beschlüsse des Februar-Plenums durch diese Gruppe gehindert wurde. Genosse Neumann vertrat eine falsche Linie in der Anwendung der Einheitsfronttaktik, falsche Auffassungen in der Frage des Faschismus, die uns hinderten, die sozialdemokratischen und nationalsozialistischen Arbeiter für die rote Einheitsfront zu gewinnen. Die dritte Hauptstrategie in der Abwechslung der Neumann-Gruppe von der bolschewistischen Linie betrifft ihre Schönfärberei und ihren Kampf gegen die bolschewistische Selbstkritik.

Erhebt das Banner des proletarischen Internationalismus

Wir haben trotz der Tatsache, daß die Sowjetunion mit Frankreich und Polen Nicht-Angriffsverträge abschloß, eine Verschärfung der Kriegsgefahr zu verzeichnen. Der Abschluß der Nichtangriffsverträge ist ein Beweis der Friedensliebe der Sowjetunion. Die Hege zwischen Deutschland und Polen auf der einen Seite und zwischen Deutschland und Frankreich auf der anderen Seite, signalisiert mit die erhöhte Kriegsgefahr. Wir müssen das Banner des revolutionären Internationalismus erheben, um die chauvinistische Welle nicht nur zu brechen, sondern die Millionen Proletariat, die in der Front des Nationalsozialismus und Stahlhelms stehen, unter diesem Banner zu sammeln. Wir als Grenzbezirk haben besondere Aufgaben zu erfüllen, weil Schlesien mit dem Aufmarschgebiet gegen die Sowjetunion ist. Die Empörung über die Auswirkungen der kapitalistischen Krise auf die Arbeiter und werktätigen Schichten in Stadt und Land, verleiht die Bourgeoisie auf das Versailler Tributsystem abzulernen und erregte eine chauvinistische Welle, die in Schlesien besonders stark ist. Das kommt zum Ausdruck in der Stärke der NSDAP. und des Stahlhelms, in der ungeheuren Terrorwelle, die die Nazis in Schlesien entfalten. Schlesien ist zur Domäne des Faschismus geworden.

Auch die Sozialdemokratie als zweitstärkste Partei, förderte die nationalchauvinistische Welle, fordert die Arbeiter zur Einreichung in den Grenzschutz auf, führt gemeinsam mit dem Stahlhelm den „freiwilligen Arbeitsdienst“ durch. Die fortgesetzten Angriffe der Bourgeoisie auf die Lebenshaltung der Werktätigen, verteidigen Sozialdemokratie und Gewerkschaften mit dem Versailler Tributvertrag. Dem 17. Bezirksparteitag liegt ein Aufruf an die Arbeiter Schlesiens und Oberschlesiens, und an die Arbeiter Polens zum gemeinsamen Kampf gegen das Versailler System, für die nationale und soziale Befreiung, für ein Sowjetdeutschland und Sowjetpolen zur Annahme vor. Unter der Parole: „Zerreißt die Grenzen, schließt die Fronten, vereinigt euch zum brüderlichen internationalen Kampf!“ müssen wir auch in Schlesien die Arbeiterklasse und alle übrigen werktätigen Schichten verstärkt in den Kampf führen.

Der Genosse Manuilski hat auf dem 12. Plenum Deutschland als die kaffende Wunde Europas genannt. Die Auswirkungen des Versailler Systems hat alle inneren und äußeren Widersprüche und Gegensätze Deutschlands unerhört verschärft.

Verstärkte Wirtschaftskrise in Schlesien

Genosse Sandtner behandelte die Krisenerscheinungen im allgemeinen und in Schlesien im besonderen und führt dazu folgenden aus: Die Verschärfung der Wirtschaftskrise in Schlesien ist durch die Umkehrung des Versailler Friedensvertrages — Abtrennung der Ostprovinzen, durch die Entwertung von den Industriezentren — besonders stark. Vom Januar bis Juni 1932 wurden 43 Betriebe mit 145 Arbeitern stillgelegt. In der gleichen Zeit wurden in mehr als 100 Betrieben Teilstilllegungen durchgeführt. Allein 6497 Arbeiter wurden davon betroffen. Die Zahl der im Bergbau beschäftigten Arbeiter ist vom Jahre 1929 bis 1932 von 26 000 auf 18 000 zurückgegangen. In der Textilindustrie sank die Zahl der beschäftigten Arbeiter und Arbeiterinnen vom Jahre 1928 von 65 000 auf 40 000. Der größte Teil der Textilbetriebe Schlesiens beträgt die Arbeitszeit 20 Stunden. Von 100 Arbeitsplätzen waren ausgenutzt im Jahre 1931 73,2 Prozent, die Ausnutzung sank bis zum Mai 1932 auf 62 Prozent. Der Rückgang vom Juli 1931 bis Mai 1932 beträgt 11 Prozent. Die Kohlenvorräte im niederschlesischen Bergbau sind im Juli 1931 bis Mai 1932 um 350 000 Tonnen gesunken. Der Rückgang im Absatz ist gegenüber dem 3. Vierteljahr des Jahres 1931, im 3. Vierteljahr 1932 um 35 000 Tonnen gesunken. Die Steinerzeugung sank um 8 Prozent seit dem 1. Halbjahr 1931, die Metallherstellung um 42,2 Prozent.

Die Gesamtzahl der registrierten Erwerbslosen in Schlesien betrug 271 443. Im Durchschnitt der Monate Januar bis Juni 1932 waren 106 Erwerbslose auf je 1000 Einwohner Schlesiens. Die Zahl der Wohlfahrtsverwerbslosen auf je 1000 Einwohner betrug 53 im Gegenatz zum Reiche, wo auf je 1000 Einwohner 37,52 entfielen. Besonders hoch ist die Zahl der Erwerbslosen in den Städten Breslau, Brieg, Görlitz, Hirschberg, Griesgau, Reichenbach,

Landesbut, Dittersbach, Bunzlau, Neurode, Siegersdorf, Neurode, Waldenburg. In diesen Städten und Landgemeinden schwankt die Zahl der Wohlfahrtsverwerbslosen auf je 1000 Einwohner von 80 bis 250.

Schlesien ist ein starker Agrarbezirk. 107 Großgrundbesitzer besitzen mehr als ein Drittel des gesamten Grund und Bodens in Schlesien. Die Krise in der Industrie ist verbunden mit einer verschärften Agrarkrise.

Massenwiderstand hebt Papen-Kabinetts aus dem Sattel

Das Papen-Programm mit seiner Wirtschaftsanfurderng hat Niaslo erlitten. Die Papen-Regierung ist unter den Schlägen des Massenwiderstandes der Betriebsarbeiter und Erwerbslosen aus dem Sattel gehoben worden. Die Schleicher-Regierung hat den Auftrag von der Bourgeoisie, den faschistischen Kurs gegen die Ausgeburteten in verschärfter Form durchzuführen. Die Schleicher-Regierung ist ein weiterer großer Schritt zur offenen Militärdiktatur. Die Bourgeoisie und Schleicher wissen, daß allein mit Gewaltmaßnahmen ihr Programm der Sozialreaktion und der weiteren Entfaltung der

70 Streiks- und Erwerbslosenkämpfe in Schlesien geführt

Mit der Überwindung der falschen Auffassungen und Tendenzen der Neumann-Gruppe hat die Partei den Weg für ihren neuen erfolgreichen Vorwärtsschritt freigemacht. Der revolutionäre Aufschwung kommt auch in Schlesien zum Ausdruck in der antifaschistischen Aktion, im Kampf gegen den faschistischen Terror, in einer wachsenden Einheitsfrontbewegung und roten Massenelbstschutz, in den verschiedensten politischen Streiks gegen den faschistischen Mordterror — Proteststreiks Reichenbacher Textilbetriebe gegen die Ermordung des Genossen Genschel in Gnadenfrei — im Anwachsen der Wirtschaftskämpfe. Wir haben in den letzten Wochen und Monaten in Schlesien 70 Streiks und Erwerbslosenkämpfe geführt. Es gelang hierbei einen Teil der Streiks und Erwerbslosenaktionen siegreich zu beenden.

Die Wahlfolge der Partei seit dem Jahre 1930 sind ein weiterer Ausdruck des revolutionären Aufschwungs. Der Genosse Sandtner behandelte im Zusammenhang damit die Fehler, Mängel, Schwächen und Lehren aus all diesen Kampfereignissen und gibt der Erwartung Ausdruck, daß es uns gelingen möge, mit der Waffe der bolschewistischen Selbstkritik die Mängel, Fehler und Schwächen auszumergen und die Lehren zur besseren Organisation und Führung neuer Kämpfe anzuwenden.

Eroberung der Mehrheit der Arbeiterklasse

Die richtige Durchführung der Beschlüsse des 12. EKKI-Plenums und der 3. Reichsparteikonferenz, des Kampfes gegen die Offensive der Bourgeoisie, gegen imperialistischen Krieg, Verteidigung der Sowjetunion, gegen Notverordnung und Faschismus, für die Arbeiter- und Bauernrepublik, setzt voraus die strategische Hauptaufgabe: Eroberung der Mehrheit der Arbeiterklasse. Die Eroberung der Mehrheit der Arbeiterklasse wird nur im schärfsten prinzipiellen Kampf gegen die soziale Hauptstütze der Bourgeoisie, die SPD., und mit dem schärfsten prinzipiellen Kampf gegen die Filiale der SPD., die SAP., errungen.

Die Eroberung der Mehrheit der Arbeiterklasse werden wir nur durch die Organisation der Tagelämpfe der Arbeiter und werktätigen Massen lösen. Die sozialdemokratischen Partei- und Gewerkschaftsführer werden ihre „linken“ Manöver zum Betrug der Arbeiterschaft in verstärkter

Weise anwenden. Hier in Schlesien haben die reformistischen SAP.-Führer einen Streik in der Metallindustrie deshalb geführt, um ihren Einfluß nicht weiter zu verlieren. Sie haben sich an die Spitze des Kampfes gestellt, um ihn zu verraten. Die „linken“ Manöver werden immer mehr in Erscheinung treten, je mehr die Arbeiterklasse zum Kampf gewillt ist. Durch die Anwendung einer richtigen Einheitsfrontpolitik von unten und im prinzipiellen Kampf gegen die SPD. und gegen die Filiale des Sozialfaschismus, die SAP., gelang es der Partei, der SAP. in ihren stärksten Stützpunkten, in Breslau und Bunzlau, eine Niederlage zu bereiten und Teile von SAP.-Arbeitern in die Reihen der Partei zu führen.

Genosse Sandtner zeigt auf die verbrecherische Rolle der SAP. bei den Lohnbewegungen der Breslauer Gemeinde- und Metallarbeiter und unterstreicht insbesondere, daß die Liquidierung der SAP. davon abhängt, inwieweit es uns gelingt, die Beschlüsse des EKKI-Plenums und der Reichsparteikonferenz auf betrieblichem und gewerkschaftlichem Gebiet in die Tat umzusetzen. Wir müssen unser Feuer konsequent gegen die SAP. konzentrieren.

Stoppt den Lügen des Maul!
LEST U. VERBREITET WILHELM FLORIN
Die Wahrheit über die Sowjetunion
PREIS 10 RM

Schöne weiße Zähne: Chlorodont Die Zahnpaste von höchster Qualität Sparsam im Verbrauch.

Die Hauptschwäche unserer Parteiorganisation in Schlesien ist, daß noch nicht der Betrieb das Zentrum der Parteiarbeit ist. Wir haben in Schlesien 2000 Betriebe und nur 35 Betriebszellen. Weiter haben wir 200.000 Landarbeiter und nur 12 Ortszellen. Im Laufe von 10 Monaten sind ganze 45 Betriebszellen herausgegeben worden. Die Tatsache, daß 385 Ortszellen erschienen sind, widerspiegelt die Schwäche der betrieblichen Front, zum Teil sind die Arbeitskomitees noch sozialdemokratische. Nur mit den Wälfen des Volkswindes, und das sind die Beschlüsse des 11. Plenums, werden wir auch in Schlesien diese Schwäche überwinden. Das muß, Genossinnen und Genossen, in dieser schweren, aber für uns günstigen Situation, recht schnell geschehen. Wir müssen eine Wendung um 180 Grad auf die Betriebe in Schlesien vornehmen. Diese Wendung muß in erster Linie auf die lebenswichtigen und Großbetriebe erfolgen. Ohne Verankerung der Partei und der KPD in diesen Betrieben, ohne Führung von Teilkämpfen um die Tagesforderungen wird die Auslösung von politischen Massenstreiks und Generalstreiks bei ähnlichen Ereignissen, wie am 20. Juli, bei einem Parteiverbot oder Wahlrechtsraub nicht möglich sein.

Die Voraussetzung für die Loslösung weiterer breiter Massen vom Einfluß der SPD und Zentrum ist im Bezirk Schlesien eine entscheidende Wendung der gesamten Partei zu einer systematischen Arbeit in den reformistischen und christlichen Gewerkschaften. Die gesamte innergewerkschaftliche Arbeit muß in allen leitenden Organen der Partei einer genauen Prüfung unterzogen werden. Der Kurs auf die Gewinnung der gewerkschaftlich organisierten Arbeiter erfordert einen konsequenten Kampf gegen die SPD, die trotz ihrer zahlenmäßig schwachen Organisation und ihres politischen Konkrotis bei den Reichstagswahlen durch ihre radikale oppositionelle Stellungnahme und eine beispiellose Hege gegen die Partei und besonders die KPD, das Abwandern der radikalisierten Gewerkschaftsmitglieder zu verhindern sucht. Die Parteipresse muß den gewerkschaftlichen Aufgaben größere Aufmerksamkeit schenken als bisher. Die gewerkschaftliche Registrierung der Kommunisten ist sofort durchzuführen. Gemeinsam mit den revolutionären Massenorganisationen sind in allen Einheiten der Partei alle Vorbereitungen zu treffen, um entsprechend den Direktiven des 12. Plenums bei den Ortsverneuerungswahlen in den Gewerkschaften in den Monaten Dezember und Januar den Kampf um die Besetzung aller wählbaren Funktionen mit revolutionären Arbeitern erfolgreich durchzuführen. Mit allem Ernst ist die gesamte Partei von oben bis unten jetzt auf ihre gewalttätige Aufgabe zur Entfaltung einer oppositionellen Massenbewegung in den Gewerkschaften einzustellen.

Steigert die Kampagne zur Rettung vor Hunger und Frost!

Besonders große Schwächen zeigen sich in der schlesischen Organisation in der Erwerbslosenbewegung. Die bestehenden Erwerbslosenvereine sind meist nicht Einheitsfrontorgane der Erwerbslosen zum Kampf, sondern in den meisten Fällen Rechtsaußenstellen. Wir haben es noch nicht verstanden, durch die Mobilisierung der Erwerbslosen Einheitsfrontvereine auf der Grundlage breiter proletarischer Demokratie zu wählen. Die Durchführung der Prager Beschlüsse steht immer noch in den Anfängen. Die Kampagne zur Mobilisierung der Erwerbslosen zum Kampf gegen Hunger und Frost muß endlich in Fluß kommen. Wir haben bis jetzt in Breslau und einigen anderen Orten nur kleine Anläufe hierzu zu verzeichnen gehabt.

Bei jeder Betriebszelle eine Jugendzelle!

Eine große Schwäche der Partei ist, daß sie nicht so leicht mit dem vollführten Umschwung in der Massenarbeit den Jugendverband

mitzureichen verstand und den Beschluß des 11. Plenums des ZK, den KPD zu einer größeren Organisation als die Partei zu machen, wie die Schaffung von KPD-Betriebszellen bei jeder Betriebszelle nicht erfolgte. Es fehlte in den unteren Organisationseinheiten an einer konkreten Hilfe und Kontrolle der Durchführung der Beschlüsse der Partei, was dazu führte, daß vielfach der Jugendverband an den von der Partei organisierten Kämpfen nicht teilnahm.

Im Kampf gegen die Kriegsvorbereitungen der deutschen Bourgeoisie, Militarisierung der Jugend und Wehrsport, freiwilligen Arbeitsdienst, der von den Nazis, vom Stahlhelm und von der SPD in Schlesien organisiert wird, muß die Parteiorganisation den KPD besonders unterstützen. Die NSDAP und der Stahlhelm haben ihren stärksten Einfluß auf die Landjugend. Zur Gewinnung der Mehrheit in der Arbeiterjugend ist notwendig, daß die Partei in Schlesien die Beschlüsse der Partei — bei jeder Parteizelle eine Jugendzelle — in die Tat umsetzt. Schärfster Kampf gegen die gewerkschaftslegalistische Auffassung in der Partei, die Verhinderung von Teilkämpfen fernzuhalten. Unterstützung des KPD in der Bearbeitung der Arbeitsdienstlager und in der Organisation des Kampfes der Jugendlichen in den Arbeitsdienstlagern um Verbesserung in der Verpflegung und erhöhte Löhne. Unterstützung in der Mobilisierung der Jugenverbände und stärkste Unterstützung der KPD am innergewerkschaftlichen Kampf. Unterstützung im Kampf um die Freibewertung der Jugendlichen in den reformistischen Sportverbänden.

Verstärkter Kampf um die werttätige Frau

Die Parteiorganisation hat seit Jahr und Tag die Beschlüsse auf Gewinnung der proletarischen Frau in unserer Partei nicht im entferntesten durchgeführt. Ja man kann sagen, daß man zum großen Teil noch nicht einmal an die Durchführung derselben herangegangen ist. Die schwache Beteiligung der Frauen bei der Wahl der Delegierten ist der beste Gradmesser unserer Arbeit auf diesem Gebiet.

Die Delegierten müssen die Verpflichtung mit nach Hause nehmen, daß sie ab sofort mit allem Ernst an diese Arbeit herangehen. Wir müssen die werttätigen Frauen, die im Lager des Klassenfeindes stehen, für die rote Einheitsfront gewinnen. Genossen, tut eure bolschewistische Pflicht!

Der Genosse Sandner schloß unter brausendem Beifall des Bezirksparteitages sein wegweisendes Referat mit dem Appell:

„Wir sind dafür, daß die Geldschränke der Kapitalisten leer werden und die leeren Magen der Proleten gefüllt werden. Papen hat die Ausrottung des Kommunismus angelündigt und ist bei dieser Ausrottung über die 6 Millionen kommunistischer Stimmen geholt. Schlichter hat die Aufgabe, diesen Kurs gegen die kommunistische Bewegung in verstärkter Form durchzuführen. Wir sind aber in Deutschland so weit, daß es der herrschenden Klasse nicht gelingen wird, den Kommunismus auszurotten. Die letzten Monate haben bewiesen, daß auch das deutsche Proletariat erkannt hat, wo der Feind der Arbeiterklasse steht. Wir Kommunisten müssen in dieser ersten, aber für uns günstigen Situation mit verstärktem Eifer und revolutionärem Elan an die Durchführung der gefassten Beschlüsse herangehen; schaffen wir die Voraussetzungen durch die Auslösung von Teilkämpfen bis zum politischen Massenstreik, für den Kampf um die politische Macht in Deutschland.“

Aus Raumgründen waren wir gezwungen, in stark verkürzter Form das wegweisende Referat des Genossen Sandner zu bringen. Wir machen die Parteimitgliedschaft darauf aufmerksam, daß die einstimmig angenommene politische Entschliessung zu den Beschlüssen des 12. Plenums und der 3. Reichsparteikonferenz und zur Lage und Aufgaben der Partei in Schlesien in der nächsten Nummer der „Schmiede“ veröffentlicht wird.

SPD. will Arbeitsdienstpflicht im Betrieb

(Arbeiterkorrespondenz)
Landeshut. Wir sind heute die „Gemeinde“, eine Halbmonatsschrift für Stadt und Land, vom September 1932 in die Hände, die von der Sozialdemokratie herausgegeben wird. Da lese ich ein Bericht über Landeshut, in dem es wörtlich heißt: „Während es sich bei diesen Fällen der Neuamertigung von Bekleidungswaren durch Erwerbslose für Erwerbslose um Einzelaktionen handelt, berichtet die Stadt Landeshut von einer dort bestehenden Lanereinrichtung. Die Stadt hat hier eine stillgelegte Leinwanderei übernommen und läßt in dieser durch Erwerbslose jugendliche Unterwände und Hausmätschstoffe für Unterstützungsempfänger und sonstige Hilfsbedürftige herstellen.“
Von diesem Bericht ist nicht ein einziges Wort wahr. Das war ein Hirngespinnst des sozialdemokratischen Bürgermeisters Kechner, der gegangene wurde, weil er Titel und Geld nicht verachtet. Den bürgerlichen Verbänden wollte er nicht nachsehen und in der oben geschriebenen Form die Arbeitsdienstpflicht in Landeshut einführen. Durch den Artikel will man den Anschein erwecken, als ob die Landeshuter Erwerbslosen mit Kleidung und Wäsche gut versorgt wären. In

Wirklichkeit sieht das alles ganz anders aus. In zerrissenen Kleidern und Schuhen müssen die Erwerbslosen und ihre Kinder in Landeshut herumlaufen.

Der Bericht in der sozialdemokratischen Zeitschrift „Gemeinde“ sagt aber noch mehr. Er sagt, daß

die SPD. für die Betriebe als Stätten des faschistischen Arbeitsdienstes

ist. Jugendliche sollen dort nach dem Beispiel des faschistischen Arbeitsdienstes beim Begeben, Regulierungen von Flugläufen, Aufstellungsarbeiten usw. für ein schlechtes Essen schuften. So soll der leiblichen Arbeit der Arbeitsplatz für immer entzogen werden.

Das ist der Weg des Faschismus, der Nationalsozialisten! Und hier ist die SPD-Bürokratie angelangt! Die SPD-Arbeiter, und vor allem die sozialdemokratischen Jungarbeiter, werden sich von den Vertretern der faschistischen Arbeitsdienstpflicht offen losreißen müssen. In Liebau haben sie selbst erlebt, was Arbeitsdienstpflicht ist. Schmiedet die Jugend-Einheitsaktion und kämpft nach dem Beispiel der Arbeitsdienstler von Liebau!

Drohender Lohnraub bei den Maßschneidern

In der am 20. November im Gewerkschaftshaus tagenden Quartalsversammlung des Deutschen Bekleidungsarbeiterverbandes berichtete Kollege Dylemacher über den Stand der Lohn- und Tarifverhandlungen, die in Hannover stattgefunden haben. Der Verlauf derselben war ergebnislos. Am 9. Dezember sollen in Leipzig neue Verhandlungen stattfinden und es soll durch den Sonderlichster Dr. Borch ein Diktatorienbescheid gefällt werden. Der Reichsarbeitsvertrag für die Herren- und Damen-Maßschneiderei ist vom Arbeitgeberverband mit der Absicht eines neuen Lohnabbaues zum 31. Dezember 1932 gekündigt worden.

Die profitierbaren Bekleidungsindustriellen fordern weitgehende Verschlechterungen. Für die Herrenmaßschneiderei fordern sie Verschlechterung der Akkordbasis, Beseitigung des Urlaubs, der Feiertagsbesatzung und die Einführung eines Toppertarifs. Für die Damenmaßschneiderei fordern sie noch des weiteren die Zulassung einer freien Akkordarbeit (ohne tarifliche Bindungen).

Ein brutaler Angriff steht bevor

Die Bekleidungsarbeiter müssen bereits jetzt mit aller Kraft die Vorbereitungen treffen, um gegen diesen Angriff gerüstet zu sein. Die Bürokratie des Bekleidungsarbeiterverbandes wird nichts unternehmen, um den Angriff auf euch abzuwehren, sondern diese gerungen Helfer des bankrotten Kapitalismus werden sich schützend für die Bekleidungsindustriellen einsetzen.

Daß sie kein Interesse am Kampf haben, das hat ja die Versammlung im Gewerkschaftshaus sehr deutlich bewiesen, da sie sich an erster Stelle mit der Einführung eines Pflichtbeitrages der Erwerbslosen beschäftigten. Richt Beiträge, um Kämpfe zu führen, fordern diese reformistischen Strategen, sondern die verhungerten erwerbslosen Proleten sollen wöchentlich noch einen Groschen opfern von ihrer

Dungerunterstützung, um die Futterkrüden der Gewerkschaften zu füllen.

Auch die Tatsache, daß von 1500 Mitgliedern nur 70 an der Versammlung teilnahmen, was darauf zurückzuführen war, daß die Hilfsleitung sich nicht dafür eingesetzt hat, daß alle Kollegen zu dieser Versammlung eingeladen wurden, zeigt davon, daß es ihnen darauf ankommt, in ihren Versammlungen nur die ausgesuchten Mitglieder mit ihren Phrasen zu füttern.

Wahl eines Kampfausschusses, der sich aus den aktivsten Kollegen und Kolleginnen zusammensetzen muß, ohne Unterschied der Partei, ist der erste Schritt, den die Bekleidungsarbeiter tun müssen.

Darüber hinaus müssen die Kollegen schon jetzt mit der Mobilisierung der Mitglieder zur nächsten Branchenversammlung der Herren- und Damenbranche beginnen, die am 11. Dezember im Gewerkschaftshaus stattfindet. Es darf den Bürokraten nicht überlassen bleiben, wie sie nach ihrem Schema die Versammlung zu ihren Gunsten organisieren. In dieser Versammlung müssen die Kollegen ein Kampfprogramm aufstellen und die Wahl des Kampfausschusses auf der Grundlage dieses Kampfprogramms vornehmen.

Gegen jeden Pienitz Lohnabbau und Verschlechterung der Akkordbedingungen!

Gegen den Raub der Ferien!

Gegen den Raub der Feiertagszulage!

Gegen die Einführung des Doppeltariffsystems und die Einführung einer freien Akkordbasis!

Für die Verteidigung aller künftigen Rechte des Tarifvertrages gegenüber dem Angriff der Bekleidungsindustriellen!

Nur mit der Waffe des Streits wird dieser Angriff zurückgeschlagen werden!

Der billige Laden am Sonnenplatz

Reste und Partiewaren.

Neue extra billige Angebote von Fabrik- und Gelegenheitspoffen teilweise mit kleinen Schönheitsfehlern zu unheimlich billigen Preisen

Reste - Reste - Reste

- Strickwollreste, schwarz . . . von 0.05 an
- Strickwolle, kamelhaarfarbig, 50 g v. 0.32 an
- Sportwolle, farbig . . . 50 Gramm von 0.25 an
- Sportwolle, zwelfarbig, 50 Gramm von 0.43 an
- Wollfäden 1 Beutel nur 0.05
- Hemdenlanel, gestreift 1 Rest von 0.46 an
- Wäschestickerellen . . . 1 Rest von 0.02 an
- Wachsbarchent für Ofenbänke . von 0.38 an
- Wachsbarchent für Küchenische von 0.57 an
- Wachsbarchent für Tischdecken von 0.98 an

Wollwaren-Strickbekleidung

- Damen-Pullover ohne Arm . . . von 0.78 an
- Damen-Pullover mit Arm . . . von 0.98 an
- Damen-Klubjacken . . . von 1.78 an
- Blusenschoner . . . von 1.98 an
- Herren-Klubjacken . . . von 1.78 an
- Herren-Pullover . . . von 2.38 an
- Herren-Pullunder ohne Arm . . von 0.96 an
- Kinder-Klubjacken . . . von 0.98 an
- Kinder-Pullover mit Arm . . . von 1.38 an
- Kinder-Pullover ohne Arm . . . von 0.78 an
- Basken-Mützen, gestrickt . . . von 0.18 an
- Basken-Mützen, Flausch . . . von 0.28 an
- Kinder-Mützen, gestrickt . . . von 0.12 an

Damenstrümpfe

- Baumwollflor . . . von 0.24 an
- Ägyptisch Mako . . . von 0.48 an
- Seidenflor . . . von 0.58 an
- Kunstseide, feinmaschig . . . von 0.38 an
- Kunstseide, plattiert . . . von 0.78 an
- Fein und weich, Wolle gleich . von 0.94 an
- Feine Wolle . . . von 0.78 an
- Kunstseide mit Wolle . . . von 0.78 an
- Seidenflor mit Wolle . . . von 1.86 an
- Unterziehstrümpfe . . . von 0.38 an

Gestrickte Damenstrümpfe

- Baumwolle . . . von 0.48 an
- Kunstseide . . . von 0.58 an
- Seidenflor . . . von 0.78 an
- Wolle, plattiert . . . von 0.93 an
- Kunstseide mit Wolle . . . von 1.40 an

Halbschuhsocken

- Einfarbig und schwarz . . . von 0.38 an
- Bunt gemustert . . . von 0.33 an
- Feine Wolle . . . von 0.74 an

Gestrickte Herrensocken

- Baumwoll-Vigogne . . . von 0.24 an
- Starke Winterqualitäten . . . von 0.38 an
- Reine Wolle . . . von 0.74 an
- Schweiß-Socken . . . von 0.48 an

Sportstrümpfe

- für Knickerbocker . . . von 0.58 an

Gestrickte Kinderstrümpfe

- Baumwolle, schwarz . . . Größe 0 nur 0.12
- Baumwolle, farbig . . . Größe 1 nur 0.28
- jede weitere Größe 5 S. mehr
- Seidenflor, farbig . . . Größe 1 nur 0.38
- jede weitere Größe 5 S. mehr
- Wolle, plattiert . . . Größe 1 nur 0.48
- jede weitere Größe 5 S. mehr
- Wolle mit Kunstseide . . . Größe 1 nur 0.48
- jede weitere Größe 5 S. mehr
- Kunstseide, farbig . . . Größe 5 nur 0.44
- jede weitere Größe 4 S. mehr
- Kunstseide mit Wolle . . . Größe 1 nur 0.68
- jede weitere Größe 8 S. mehr

Mädchen-Fassonstrümpfe

- Baumwoll-Flor, farbig . . . von 0.20 an
- Seidenflor, farbig . . . von 0.58 an
- Kunstseide, farbig . . . von 0.93 an
- Feine Wolle . . . von 0.98 an

Haferlsöckchen

- für Mädchen . . . von 0.38 an
- für Damen . . . von 0.58 an

Ersatzfüße

- für Kinderstrümpfe . . . von 0.15 an
- für Damenstrümpfe . . . von 0.14 an
- Fußgondeln, feine Wolle . . . von 0.28 an

Erstlingsstrümpfe

- reine Wolle . . . von 0.28 an

Fortsetzung weiterer billiger Angebote folgt!

Die Waren sind zum Ausschauen bereit gelegt. — Kommen und wählen Sie nach Herzenslust ohne jeden Kaufzwang. Sie werden sicher viel Passendes finden. Da keine Mengenteilung stattfindet, erhält jeder Käufer solange die Vorräte reichen, auch von den billigsten Waren, soviel er haben will —

aber kommen Sie bald.

Zwei Antifaschisten willkürlich verhaftet

Als gestern vier Kameraden des Roten Massenselbstschutzes um 13.30 Uhr in der Lohestraße, Ecke Goethestraße, am Bürgersteig entlang gingen, wurden sie von fünf Nazis, die ihnen entgegenkamen, angegriffen, obwohl die MME-Kameraden im Begriff waren, Platz zu machen.

Dieser Vorfall zeigt, daß die Breslauer Arbeiterschaft erkennen muß, daß die faschistischen Terrorformen kein Mittel unversucht lassen, um revolutionäre Arbeiter zu provozieren.

Die „Breslauer Neuesten Nachrichten“ werben Streikbrecher

Wie bekannt, befinden sich auf einer ganzen Reihe von Baustellen die Breslauer Bauarbeiter im Streik gegen den brutalen Angriff der Bauunternehmer.

Maurer, Zimmerer, Arbeiter werden eingestellt bei Baugeschäft Simon & Halspaap. Baustellen: Grillparzerstraße, Morgensternstr., Erweiterungs- und Landgericht, zum Stundenlohn von 0,83 bzw. 0,68.

Die Breslauer Bauarbeiter und darüber hinaus die gesamte Arbeiterschaft von Breslau muß hieraus erkennen, daß es an der Zeit ist, daß jeder Arbeiter, der es ehrlich mit seinem Kampf um Arbeit und Brot meint, daß er dieser Unternehmerverschwendung, wenn er sie noch in seiner Wohnung hat, den berechtigten Fußtritt verleiht.

Die Breslauer erwerbslosen Bauarbeiter müssen aus dieser Streikbrecherwerbung die eine Lehre ziehen, daß sie nicht als Streikbrecher, sondern als Solidaritätspflicht gegenüber den Streikenden den Bauunternehmern beweisen, daß sie nicht als Streikbrecher, sondern als Massenstreikposten vor den Betrieb Simon u. Halspaap gehen, und die streikenden Kollegen in ihrem Existenzkampf unterstützen.

„Ein ausgekoteter Junge“

Achtung! Metallarbeiter!

Am Donnerstag, dem 8. Dezember, findet um 11 Uhr eine Versammlung arbeitsloser Metallarbeiter im großen Saal des Gewerkschaftshauses statt.

Zieler wird dort referieren über „Standalöser Unternehmungsraub und tarifwidrige Lohnkürzungen“. Das Thema löst allerhand Fragen offen und mündet uns direkt anzüglich an. Ueber den ersten Teil des Themas „Standalöser Unternehmungsraub“ sind wir boshaft genug, zu fragen, ob Zieler damit die ausbleibende Weihnachtunterstützung der arbeitslosen Metallarbeiter meint.

Zu diesem vielversprechenden Thema läuft ein Film ausgerechnet mit der Überschrift „Ein ausgekoteter Junge“. Wir sind der Meinung, daß der Titel dieses Films ausgezeichnet zu der Persönlichkeit des Führers der hiesigen Ortsverwaltung, Ziegler, paßt.

Mittwoch, abends 8 Uhr, treffen sich alle Mitglieder der Partei, der NSD, der Massenorganisationen sowie alle Sympathisierenden, die Mitglied des Breslauer Consum-Vereins sind, im Lokal Arndt, Malergasse. U. B. Breslau.

Masch

Mittwoch, den 7. Dezember: Kurzus: „Die Sowjet-Union 1928—1932“. Referent: Max Nelson.

Donnerstag, den 8. Dezember: Fortsetzung des Kurzus: „Politische Ökonomie“. Die Kurze beginnt pünktlich 20 Uhr in unserem Schulraum, Wallstraße 21, III.

Former und Berufsgenossen. Donnerstag, den 8. Dezember, um 19.30 Uhr. Zimmer 9, Außerordentliche Branchenversammlung.

Maschinenarbeiter und -arbeiterinnen. Freitag, den 9. Dezember, 19.30 Uhr, Zimmer 10.

Heizungsmonteure und Helfer. Sonnabend, 10. Dezember, um 19.30 Uhr, Zimmer 6.

Stolz bei den blauen Hujaren in Brieg eingerückt

Strehlen. Nun hat auch der Maharadscha Strehlens, ehemaliger „Enten-Reporter“, seinen Weg nach Brieg zu den blauen Hujaren nehmen müssen. Jetzt hat er Zeit, über die Schmutzkübel, die er jahrelang über die Kommunisten ausgegossen hat, nachzudenken.

Die unwahren Angaben eines kommunistischen Stadtverordneten

Das städtische Jugendamt bezieht sich auf kommunistischen Stadtverordneten der Unwahrheit und schlägt sich selbst ins Gesicht

Vom Städtischen Fürsorgeamt — Jugendamt — wird nachstehende Pressemeldung an die Zeitungen verschickt:

Ein kommunistischer Stadtverordneter hat in der letzten Sitzung der Stadtverordnetenversammlung unwahre Angaben gemacht. Es werden folgende Maßnahmen durchgeführt:

1. Falls Säuglinge und Kleinkinder mindestens einmal monatlich in den Säuglings- und Kleinkinderfürsorgestellen vorgestellt werden, erhalten a) Kinder bis zu zwei Jahren täglich einen halben Liter Milch oder Säuglingsnahrung, b) soweit diese Kinder bisher schon Freimilch in der gleichen Menge erhalten haben, wird ab 1. Dezember 1932 monatlich ein halbes Pfund Kakaos zusätzlich gegeben, c) Kinder von 2 bis 4 Jahren erhalten nunmehr einen halben Liter Wohlfahrts- oder einen Viertel Liter Freimilch.

2. Maßnahmen für Schulkinder: a) Milch zum ersten Frühstück. Insgesamt erhalten 2500 Kinder vor Beginn der Schule je einen Viertel Liter warme Milch in Flaschen und ein Brötchen kostenlos, b) Flaschenmilch zum zweiten Frühstück. An Stelle von 2100 Flaschen zu je ein Viertel Liter Milch werden jetzt 3150 Flaschen kostenlos zum zweiten Frühstück ausgegeben, c) Mittagspesung: Es nehmen jetzt anstatt 1800 4500 Kinder an dieser Spesung teil. Von den 2900 neu zugezogenen Kindern werden 1100 kostenlos gespeist. Für die verbleibenden 1800 Kinder zahlen die Eltern einen Wochenbeitrag von 30 Fernrig.

Die Auswahl der Kinder zu b) erfolgt im engsten Einvernehmen mit Schule, Schularzt und Schulpflegern.

Hierzu erhalten wir von der kommunistischen Stadtverordnetenfraktion folgende Zuschrift:

Durch die Pressemeldung des Jugendamtes wird versucht, den Genossen Zylla der Deffentlichkeit gegenüber als Lügner hinzustellen, um so nachträglich die Entfremdung des Genossen Zylla durch die Polizei aus dem Stadtparlament zu rechtfertigen. Worin bestehen die angeblich unwahren Angaben des kommunistischen Stadtverordneten? Vom Genossen Zylla war behauptet worden, daß man an den Kindern unter zwei Jahren anscheinend noch Einsparungen an den Winterhilfsmassnahmen machen will. Es wurde daher von ihm verlangt, daß das Quantum der Milch, das für die Kinder zur Ausgabe gelangen soll, verdoppelt wird und auch die verkappte Bedürftigkeitsprüfung über die Kinderrippen weggelassen soll.

In dem Magistratschreiber vom 5. November 1932 (abgedruckt in den Vorlagen für die Stadtverordnetenversammlung Seite 188) heißt es u. a.:

II. Ausgabe von Brot: Wie im Vorjahre soll auch in diesem Winter je Kopf und Woche 2 Pfund Brot gegeben werden. Kinder unter zwei Jahren sollen anstatt Brot Milch erhalten. Die Brotausgabe erfolgt am 14. 11. 32.

In diesem Magistratschreiben ist nicht die geringste Rede von der Ausgabe von Kakaos, sondern es wird verlangt, daß anstatt Brot, Milch für die Kinder unter zwei Jahren ab 11. 11. gegeben werden soll. Auf diese Mitteilung des Magistrats hat sich Genosse Zylla bei seinen Ausführungen berufen und eine Verkettung der Kinder verlangt.

Wenn nun das Jugendamt den Genossen Zylla bezichtigt, unwahre Angaben gemacht zu haben, so müssen wir erklären, daß der Magistrat der Stadtverordnetenversammlung gegenüber unwahre

Mitteilungen gemacht hat. Dadurch, daß diese Magistratsmitteilung von verschiedenen Breslauer Tageszeitungen übernommen worden ist, ist außerdem unter den Breslauer Hilfsbedürftigen, die Eltern von unter zwei Jahre alten Kindern sind, eine vollkommen unnötige Bewegung entstanden, die auf den Verdacht der Unwahrheit der Angaben für ihre Kinder nicht betamen. Die Beamten der Stadtstellen wußten über diese Milcharten selbst nicht Bescheid und konnten nur falsche oder Verlegenheitsantworten geben. Erst hinterherum konnte ein Teil dieser Eltern erfahren, daß es diese Milch durch Vorstellen der Kinder in den Kinderkrippen geben solle.

Wenn der Magistrat am 5. 11. selbst noch nicht wußte, ob er den Kindern unter zwei Jahren Milch oder Kakaos geben soll, so war er nicht berechtigt, in seiner Mitteilung an die Stadtverordnetenversammlung bereits davon zu sprechen, daß es Milch gibt. Zumindestens war er aber verpflichtet, wenn er in irgend einer Form seine Dispositionen änderte, dies der Stadtverordnetenversammlung bekannt zu geben. Da er dies unterlassen hat, hat er kein Recht, unseren Genossen Zylla der Unwahrheit zu bezichtigen.

Da durch die Pressemeldung des Jugendamtes, das an und für sich nur einen sehr geringen Teil der Winterhilfsmassnahmen durchführt, in der Deffentlichkeit der Eindruck erweckt wird, als wären alle Schwerden der kommunistischen Stadtverordnetenfraktion falsch, während es sich nur um die eine Differenz bei der Milchausgabe handelt, so stellen wir folgendes fest:

Es ist nicht widerlegt worden, daß die Bewohner von möblierten Zimmern keine Kohlenmarken erhalten.

Es ist weiter nicht widerlegt worden, daß man den kinderreichen Familien die Brotmarken ab der 6. Person gekürzt hat. (Bei der Verhandlung der Frauendelegation, unter Führung des Genossen Zylla, wurde bereits diese Benachteiligung der kinderreichen dem Stadtrat Daumann vorgelesen. Bei einer zweiten Besprechung wurde dem Genossen Zylla vom Stadtrat Daumann zugesagt, daß diese Benachteiligung beseitigt werden soll. Bis heute ist dies aber noch nicht geschehen, vielmehr wurde einem kinderreichen Vater auf der Stadtkasse, als er die volljährige Anzahl von Brotmarken forderte, erklärt, dies muß erst von der Stadtverordnetenversammlung beschlossen werden. Deswegen wurde von unserer Fraktion ein dementsprechender Antrag gestellt.)

Es ist weiter nicht widerlegt worden, daß man in solchen Fällen, wo durch das Zusammentreffen von Reuten und Unterstützungen, Unterstützungsleistungen eintreten, keine Winterhilfsmassnahmen gewährt.

Die kommunistische Stadtverordnetenfraktion wird trotz aller Berichtigungen der amtlichen Stellen forsicheren, aussernde und wirkliche Winterhilfsmassnahmen, wozu auch die Zahlung einer einmaligen Beihilfe gehört, zu fordern.

Betreffend Schulpesungen

Durch eine Mitteilung des Jugendamtes wird in der Deffentlichkeit der Eindruck erweckt, als würde von Seiten des Magistrats herabzusehen für die Schulkinder gesorgt. Die kommunistische Stadtverordnetenfraktion wird in den nächsten Tagen hierzu einen besonderen Artikel veröffentlichen, in dem zu dieser Frage ausführliche Stellung genommen wird. Inzwischen eruchen wir die Arbeitereltern und auch die proletarischen Elternbeiräte, die uns Material über die Schulpesungen geben können, dies zu tun. Dieses Material ist an die Redaktion der „Arbeiter-Zeitung“ einzusenden, die dieses an die kommunistische Stadtverordnetenfraktion weiterleiten wird.

Die ersten Kampferfolge der Belegschaft des Betriebes Wrechner, Breslau

Jetzt weiter nachstoßen!

Vor einigen Wochen brachte die Revolutionäre Gewerkschaftsopposition des Betriebes in der „Arbeiter-Zeitung“ einen Artikel über die ungeheuren schlechten Arbeitsbedingungen und Löhne der Belegschaft. Vor allem wurden die schlechtesten hygienischen Zustände angeprangert. Das veranlaßte die Gewerbeaufsichtsbehörde bereits zweimal, in dem Betriebe vorzusprechen, und so wurde der Unternehmer jetzt gezwungen, die vollkommen verrotten Waidbetten streichen zu lassen und Seifenablagen anbringen zu lassen.

Die Fahrstuhlrichtung entsprach nicht den notwendigen Sicherheitsbedingungen. So ging zum Beispiel der Fahrstuhl willkürlich los und sauste in die Tiefe; es war kein eigentlicher Fahrstuhlschacht, sondern immer nur auf jeder Etage ein halbhohes Gitter um diesen Schacht.

Dieser Zustand ist jetzt ebenfalls abgeändert worden, so daß die Gefahr, daß dort einmal Arbeiterinnen mit hinuntergerissen werden, beseitigt ist. Der Betrieb hat keine gesetzliche Betriebsvertretung. Der Unternehmer mußte ganz genau, daß er sich damit strafbar macht. Wie hat er nun diesen Zustand beseitigt?

Er bestimmte drei Arbeiterinnen als Wahlleiterinnen, die aber zu einer Ausschreibung des Wahlmodus zur Einhaltung der gesetzlichen Fristen zur Aufforderung von Vorschlagslisten nicht schritten, sondern von sich aus wiederum drei Frauen zur Wahl stellten und nunmehr diejenige Kollegin, die am meisten Stimmen erhielt, zur Betriebsrätin ernannten. Diese Wahl ist vollkommen ungesetzlich, da eine Betriebsvertretung nicht eine einzelne Frau machen kann, sondern bei einer Belegschaft von über 300 Personen dieser Betriebsrat mehrere Mitglieder umfassen muß.

Die NSD. rief zur Betriebsversammlung auf, um dort einmal mit der Belegschaft ganz konkret über die unhaltbaren Zustände im Betrieb zu sprechen, um besonders die Arbeiterinnen zur Abwehr des Lohnabbaues zu mobilisieren. Dem Unternehmer wurde davor so Angst, daß er den geplanten Lohnabbau am Freitag, dem 2. Dezember, wieder zurücknahm und den Kolleginnen wieder die alten Löhne auszahlte.

Um die Arbeiterinnen, die sich in der Mehrzahl aus Jugendlichen zusammensetzen, einzuschüchtern, drohte dieser Herr Unternehmer, daß er im Laufe der nächsten Woche 100 Kolleginnen entläßt, und daß er, falls auf seinen Betrieb in Flugblättern und Artikeln weitere Angriffe erfolgen, den ganzen Betrieb schließt.

Kolleginnen und Kollegen von Wrechner! Warum diese Angst des Unternehmers und die damit verbundenen Drohungen? Euer Unternehmer weiß sehr gut, wie Vieles in seinem Betriebe faul ist. Er weiß sehr gut, welche Gefahr ihm droht, wenn eine NSD.-Gruppe den

Arbeiterinnen ihre unwürdige Lage im Betrieb vor Augen hält und sie vor allem auf ihre Hungerlöhne von 7 bis 10 Mark Alfordlohn in der vollen Arbeitswoche aufmerksam macht. Der Unternehmer weiß sehr wohl, daß in dem Moment, wo sich seine Belegschaft geschlossen zur Wehr setzt, es mit seinen Extraprofiten auf Grund dieser besonderen Ausbeutung schief ist. Ihr aber müßt daraus folgendes lernen: Daben schon die Angriffe der NSD. genügt, euch einen Teil der Forderungen zu erkämpfen, wieviel mehr würdet ihr erreichen, wenn ihr geschlossen gegen alle Maßnahmen der Ausbeutung im Betrieb ankämpft. In der nächsten Betriebsversammlung der NSD. erscheint' restlos und beschließt dort die weiteren Kampfmaßnahmen. Eure Forderung muß nach vor sein:

- Kampf gegen jeden weiteren Lohnraub!
Bezahlung des Tariflohnes!
Wahl eines Betriebsrats nach dem Willen der Belegschaft und nach gesetzlichen Bestimmungen!
Einrichtung von hygienisch einwandfreien Abortanlagen im Betriebe!

Kommunisten werden als Diebe betrachtet

Krogel. Als am Mittwoch der Lehrerswitwe Biehl die Gardinen gestohlen wurden, sagte sich der Gemeindevorsteher Böer und einige andere Volkshemden: „Jetzt können wir den Kommunisten ein auswichen“ und sie veranlaßten bei unserem Genossen Kaufmann eine Hausdurchsuchung. Als sich die Frau des Genossen bei der Frau Böer erkundigte, wie sie dazu kommt ihren Mann des Diebstahls zu bezichtigen, erklärte diese, es sei nicht wegen den Gardinen gehäusucht worden, sondern wegen ganz etwaa anderem. Vielleicht glaubten die Spießer von Krogel, es sei ein Maschinengewehr zu beschlagnahmen; sie hatten aber lange Gefäch gemacht, als sie nichts fanden, wo sie unserem Genossen etwas auswichen konnten. Der Kampf gegen die NSD. und deren Funktionäre, welcher mit allen Mitteln auch von den SPD.-Futtertrippelpolitik geführt wird, zeigt, daß die NSD. der einzige Feind der herrschenden Klasse ist.

Die Arbeiter von Krogel werden an diesen Vorfällen am besten erkennen, wo die faschistischen Helfershelfer sitzen.

RUND UM DEN ERDBALL

Sie trinken Sekt aus — „Wohltätigkeit“

Kapitallistenjubiläum auf vier Bällen und fünf nächtlichen Festen zur „Linderung der Not“

„Prost! ein hoch auf die Wohltätigkeit!“ In den blendenden Räumen der feudalen Berliner Klubs und Hotels flog teurer Wein die ganze Nacht in Strömen. Die Reichen Berlins, denen Gott sei Dank ihre klingenden Gläser so reichlich gefüllt werden, haben, beschwingt voll zärtlicher Nächstenliebe, sich bis zum Morgenrauen in einem Weitzreit der Wohltätigkeit hingeeopfert. „R—p—pro—sit!“ Bei überfülltem Magen ist es nicht leicht, für 100 000 Mark Luxusessen und Getränke zu Wohltätigkeitszwecken zu verzehren. Aber was tut nicht alles solch ein betrachter Industrieller und solch eine Dame in Damast, Parfümwolken und Diamanten zur Linderung der leiblichen und materiellen Not? Manche davon sollen bei den vier Wohltätigkeitsbällen und den fünf Wohltätigkeitsfesten — Nachtveranstaltungen zum Wohl der Erwerbslosen sich im Essen und Trinken so abgemüht haben, daß sie sich direkt übergeben mußten — aus Wohltätigkeit.



So tafeln sie: v. Neurath (rechts), Sahn (links) beim Sekt

Aus Zeitungsmeldungen entnehmen wir Berichte über diese „Erste Weihnacht der Wohltätigkeit“:

„Raum je zuvor gab es in all den vielen Räumen des Eplana de soziale Gäste (man schätzte sie auf eineinhalb Tausend). . . . Sogar auf dem Tanzparkett des großen Saales, wo die temperamentvoll musizierenden, oft ulkig dazu singenden Boys von Jack Hilton für ständige Bewegung sorgten. . . . Eben noch war der französische Botschafter beim Auslandspressball, nun lag er mit seiner Gattin, die ein schwarzes Samtkleid mit Strassstickerei und ihren berühmten Brillantenschmuck angelegt hatte, im Eplana de bei Rot-Weiß. Mit ihnen Lady Kumbold in Altblau und ihre Tochter in matte Rosa, der neue italienische Botschafter und Frau Cerutti, die weiße Seide und Smaragden trug, Prinzessin Emineh — die Gattin des türkischen Botschafters — in schwarzer Seide, ebenso die Gattin des griechischen Gesandten, Gräfin Kerkhove, war in gelblichem Damast erschienen, Frau Streleermann zwischen dem portugiesischen Gesandten und ihrem Sohn, zum erstenmal wieder in ihrer Lieblingsfarbe rosa.“

Im Zoo tanzten beinahe 6000 aus Wohltätigkeit auf dem Ball der Nationen. Eintritt 7 Mark. Sämtliche Säle im Alagonischmud sämtlicher Länder. Gäste: Sämtliche Generalkonsuln und Konsulin, die Direktoren der Hapag und des Norddeutschen Lloyd, sämtliche Magnifizenz der Hochschulen, Gouverneur a. D. Schnee, Botschafter und Gesandte

„Ein höchst gelungenes Fest war der Ball der ausländischen Presse im Adlon, zu dem das diplomatische Corps, die Regierungsexpeditoren und das offizielle Berlin zahlreich erschienen waren.“

Im Hoken-Club in Dahlem war ebenfalls Wohltätigkeitsball, auch im Wintergarten war was los, eine sogenannte „Wohltätigkeits-Gala-Nacht“, ebenso bei Kroll. Wie gesagt, man

tanzte, aß und trank auf vier Bällen und fünf Nachtveranstaltungen.

Das war die erste Nacht des Weitzreitens. Ueber weitere Bemühungen dieser Art weiß eine Berliner Zeitung zu berichten: „Der Verein Berliner Presse bereitet für seine Wohltätigkeitsveranstaltung, die in jedem Karneval unter dem Namen Presseball vor sich geht, wieder einen Almanach vor. Er soll diesmal ein fingierter Liebesbriefsteller sein. Leute, die sich mit der Feder ausdrücken können, sollen als Beitrag einen Liebesbrief stiften. Man will feine, delikate, wohlklingende Komplimente haben.“

So fressen und saufen sie — fein, delikate und wohlklingend im Ueberfluß.

Und ihr hunger! Ihr friert! Ihr werdet ermüdet. Während ihr auf den Stempelstellen Schlange steht, tanzen sie. Eure Kinder bekommen keine Milch, aber sie schlucken Wein und Sekt, schamlos, aufreizend, provokatorisch.

Genug! Hat nicht der Reichsausschuß der Erwerbslosen recht, wenn er euch Hungernden zuruft: Kämpft gegen Hunger und Frost! Ein niegeahnter Ueberfluß ist vorhanden. Kämpft, Kämpft für Kohlen, Kartoffeln, Brot und Kleidung. Geht zu den Halben, die Mieten, die Speicher, und die Reichen laufen und fressen!

Bracht, Melcher, Sahn amüsieren sich

Auf dem „Wohltätigkeitsball“ in dem Berliner Millionärshotel Adlon hatten sich auch Bracht und der bekannte Berliner Oberbürgermeister Sahn zu einem Glase Wein eingefunden.

Zusammen mit dem Berliner Polizeipräsidenten Melcher stellte sich Sahn ebenfalls der lustigen „Wohltätigkeitsfeier“ in dem überaus exklusiven Hotel Eplana de zur Verfügung.

„Billige Holzhäuser“

Wie die Not der Erwerbslosen ausgeglichen wird

Düsseldorf, 5. Dezember. In gerissener Weise machte sich der wiederholt vorbestrafte 33jährige Schreiner Franz Klaholt aus Duisburg die Sehnsucht kleiner Leute nach einem billigen Heim zunutze. In Inzeraten empfahl er „Holzhäuser gegen kleine Anzahlung und bequeme Ratenzahlungen“. Natürlich meldeten sich Interessenten in Massen. Und alle erhielten auf feudalen Briefbogen mit wichtig klingendem Firmenkopfi, der ein Großunternehmen vortäuschte, während Klaholt in einer Mansarde hauste, die Nachricht, daß ein Vertreter der Firma bei ihnen vorpredigen werde. Nach einem oder zwei Tagen erschien dann auch Klaholt bei den Interessenten, in der Mehrzahl waren es Erwerbslose, Renteneinpfänger, Invaliden usw. Seine Frau kam mit. Wahrheitslieblich verdrach sich der Gauner davon einen Nimbus der Ehrlichkeit. Und dann wurden die armen Leuten, die ihr Eigenheim für 700 oder 1000 Mark schon in Gedanken schlüsselfertig vor sich sahen, nach allen Regeln der Kunst „eingewidelt“.

Man versprach ihnen, ihr Holzhäuschen innerhalb vierzehn Tagen bis drei Wochen bezugsfertig hinzustellen, schloß einen wunderhübsch formulierten Vertrag mit den Bauherrn und kam dann zum Schluß zur Hauptsache: „Eine Anzahlung muß aber sofort geleistet werden!“ In dieser Hinsicht war Klaholt großzügig, er richtete sich genau danach, was der einzelne an Bargeld aufreiben konnte, nahm als Anzahlung von 40 Mark bis herunter zu einem Taler — in einem Falle war er sogar mit 2,50 Mark zufrieden! Konnte er auch, war ja alles Reinerwerb!

Denn gebaut wurde natürlich kein einziges der Häuschen. War eines der Opfer mißtrauisch oder wollte ein anderer der Betrogenen nach einigen Wochen mal sein Haus im Bau sehen, so holte Klaholt die Betroffenen zu einer „Besichtigungsfahrt“ ab. Er zeigte den Leuten dann irgend ein Holzhaus und fuhr mit ihnen weiter auf ein städtisches Grundstück, das er als dasjenige ausgab. In einem Falle hatte er sogar Kies anfahren lassen, um die Leute zu täuschen.

Auf die Anzeige einiger Opfer, denen die Geduld ausgegangen war, wurde Klaholt in Haft genommen. Auch seine Frau war vorübergehend in Haft, wurde dann aber freigelassen.

Wiermal legte Klaholt in der Voruntersuchung ein Geständnis ab, schilderte alle Einzelheiten seiner dreifachen Schwindeleien.

Als er wegen fortgesetzten Rückfallbetruges jetzt der Großen Strafkammer vorgeführt wurde, glaubte er seine Haut retten zu

können, indem er seine Geständnisse widerrufen. In der Beweisaufnahme wurde der Angeklagte jedoch glatt überführt. Gemäß dem Antrage des Staatsanwalts wurde Klaholt wegen Rückfallbetruges zu 2½ Jahren Zuchthaus und 600 Mark Geldstrafe, hilfsweise weiteren zwei Monaten Zuchthaus verurteilt.



Tönende Ornamente

Der Berliner Forscher Fischinger ist der Schöpfer einer neuen Art Musik: er zeichnet Ornamente, die dann in elektrisch-Schwingungen umgesetzt und als Musik aus einem Lautsprecher wiedergegeben werden. Unsere Aufnahme zeigt Fischinger beim „Komponieren“ einer neuen Melodie.

Aus aller Welt

Lebende Fackeln

In einem Hause der Wiener Vorstadt ereignete sich kürzlich ein furchtbares Unglück, das überall das größte Entsetzen erregte. Aus einer Wohnung, in der eine alte Frau mit ihrer Tochter wohnte, hörte man gellende Hilferufe. Als die Nachbarn in die Wohnung eindringen, liefen ihnen die zwei Frauen entgegen, die beide lichterloh in Flammen standen. Man rief eiligst einen Rettungswagen herbei und der Arzt stellte fest, daß beide Frauen sehr schwere Brandwunden erlitten hatten, besonders aber die Tochter. Zuerst vermutete man, daß es sich um ein Unglück handle, indem nämlich die Frauen bei offenem Feuer mit Benzin unvorsichtig umgegangen wären. Nach den Ermittlungen der Polizei aber stellte sich heraus, daß es sich um eine furchtbare Tragödie handelte. Die alte Frau war schwer nervenleidend und hatte den Entschluß gefaßt, ihrem Leben und dem ihrer Tochter ein Ende zu machen. Sie übergieß sich und ihre Tochter vom Kopf bis zu den Füßen mit Benzin und zündete dann die Flüssigkeit mit voller Absicht an. Der ärztlichen Untersuchungen zufolge wird die Mutter nicht mit dem Leben davonkommen, es besteht jedoch Aussicht, daß die Tochter „gerettet“ wird.

Unterernährte Arbeiterkinder sind den Infektionskrankheiten ausgeliefert

Klagenfurt, 5. Dezember. Da sich in den letzten Tagen die zuerst vereinzelt aufgetauchten Diphtheriefälle unter den Schulkindern in Böhmermarkt stark mehren, mußten nunmehr nach anfänglicher Schließung von Einzelklassen sowohl die Knaben- als auch die Mädchenschule geschlossen werden. Insgesamt sind 30 Fälle zu verzeichnen, doch soll die Epidemie bereits im Abflauen begriffen sein.

Großer Hotelbrand in Fulpmes im Stubaital

In Fulpmes im Stubaital wütete gestern Nacht ein Brand, dem sämtliche Wirtschaftsgebäude des Großgasthofes Luz zum Opfer fielen und auch der Gasthof wurde arg beschädigt. Bei dem Föhnsturm und der engen Bauweise bestand für die Ortschaft größte Gefahr, doch konnte die Weiterverbreitung des Feuers durch die Bemühungen der auf dem Brandplatz erschienenen 18 Feuerwehren verhindert werden.

In zwei Essener Konsumskandalen drangen fast zu gleicher Zeit maskierte Männer ein, die mit Schusswaffen die Anwesenden in Schach hielten und die Ladenkasse mitnahmen. In beiden Fällen entliefen die Täter unerkannt.

In einem Vorort von Paris stieß ein Privatauto, in dem acht Personen saßen, mit einem Mietwagen zusammen. Beide Wagen gingen in Trümmer. Zehn Personen wurden verletzt.

In der Nähe von Detroit ist ein Verkehrsflugzeug plötzlich abgestürzt und in den Erie-See gefallen. Die vier Insassen, zwei Männer und zwei Frauen, ertranken.

Ein zwanzigjähriger Bestehersohn aus Eisenau (Nark) schoß mit einem 9-Millimeter-Leßling nach Spanien und wollte dann einem achtjährigen Jungen eine Flasche aus der Hand schleifen. Der Schuß ging fehl, traf den Knaben in den Kopf und tötete ihn.

In der Gemeinde Thurn im Bezirk Linz (Oesterreich) wurde die achtzehnjährige Tochter eines Stellenbesizers, Antonia Brunner, im Futterstall erwürgt aufgefunden. Die heruntergerissenen Kleider und Verletzungen am Unterleib lassen auf ein Sittlichkeitsverbrechen schließen.

Hilfeschreie einer Vergifteten

Tod auf dem Balkon

Berlin, 5. Dezember. In Karlshorst wurden heute vormittag die Vorübergehenden durch die Hilfeschreie einer alten Frau vom Balkon ihrer Wohnung im Hause Dönhofsstraße 1 alarmiert. Die benachrichtigte Feuerwehr kletterte vom Balkon der Nachbarwohnung hinüber und fand die Greisin bereits leblos auf.

Die Tote hatte Schaum vorm Mund. Der herbeigerufene Arzt konnte die Todesursache nicht feststellen.

Das Mordgeheimnis auf Schloß Waltershausen

Nürnberg, 5. Dezember. Wie der Sonderberichterstatter des „Nürnberger 8-Uhr-Blattes“ meldet, wurde die Leiche des Majors Wärtner, der in Schloß Waltershausen erschossen worden war, sezirt und zur Beerdigung freigegeben.

Bei der Sezierung der Leiche des Hauptmanns und der Entfernung der Kugel aus dem Körper seiner Frau, die bekanntlich ebenfalls verletzt worden war, wurde die aufsehenerregende Feststellung gemacht, daß die Kugel aus verschiedenen Revolvern stammen, aber nicht aus dem Revolver des von der verletzten Frau als Täter beschuldigten Gärtners Karl Liebig.

Die Anklage dürfte vermutlich gegen ihn zusammenfallen und sich gegen das Ehepaar Wärtner selbst richten. Die Aussagen der Baronin und die der Zeugen gehen in verschiedenen Punkten auseinander. Auch hat sie sich verschiedentlich in Widersprüche verwickelt. Es ist also doch anzunehmen, daß es sich um eine Ehe-tragödie handelt.